Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie

2025/2069(INI)

12.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 596–834

Entwurf eines Berichts
Tomas Tobé
(PE775.431v01-00)

Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie
(2025/2069(INI))

Änderungsantrag 596
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer -1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-1 betont, dass gemäß Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) für die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Union der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung gilt und für die Ausübung der Zuständigkeiten der Union die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gelten; äußert Zweifel, ob die Ambitionen der Kommission und des EAD, wie sie unter anderem im Rahmen des sogenannten Europäischen Schutzschilds für die Demokratie dargelegt sind, nicht über diese Zuständigkeiten hinausgehen und einen Eingriff in die Souveränität der Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich der Organisation von Wahlen, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 597
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für

Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, ***die europäische*** Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen ***und*** letztlich zum Schutz ***der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und*** der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, ***das reibungslose Funktionieren der liberalen*** Demokratie ***zu fördern und sie*** vor ***internen und*** externen Bedrohungen zu schützen***, um*** letztlich zum Schutz der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen; ***hebt jedoch hervor, dass weiche politische Maßnahmen unzureichende Instrumente sind, wenn demokratische Werte bewusst untergraben werden; weist darauf hin, dass weiche Maßnahmen in Fällen unfreiwilliger Nichteinhaltung hilfreich sein können, aber wahrscheinlich wirkungslos sind, wenn die Nichteinhaltung vorsätzlich ist; stellt fest, dass der Schutzschild für die Demokratie auf weichen politischen Maßnahmen beruht, während es sich bei den meisten Punkten, die mit dem Schutzschild angegangen werden sollen, um Fälle handelt, in denen demokratische Werte nicht zufällig, sondern absichtlich untergraben werden; fordert die Kommission daher auf, weiterhin an entschlossenen und verbindlichen Maßnahmen zum Schutz der Demokratie zu arbeiten, beginnend mit den in diesem Bericht genannten Maßnahmen, damit die Tragweite der Lösungen die Tragweite der Tragweite der festgestellten Probleme entspricht;***

Or. en

Änderungsantrag 598
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

1. ***begrüßt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die ***europäische Demokratie*** vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz ***der*** europäischen ***Lebensweise***, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. ***nimmt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen***, zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die ***europäischen Demokratien*** vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz ***des*** europäischen ***zivilisatorischen Erbes***, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen***, wobei die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten beim Schutz ihrer eigenen demokratischen Prozesse uneingeschränkt zu achten sind und anzuerkennen ist, dass die Zuständigkeiten der Union, wie in Artikel 5 EUV festgelegt, durch den Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung begrenzt sind und gemäß den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ausgeübt werden müssen***;
	Or. en

Änderungsantrag 599
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und

Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;

Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen; ***weist darauf hin, dass die Union mit der Verabschiedung eines umfassenden Rechtsrahmens für den digitalen Bereich politischen Ehrgeiz bewiesen hat, und betont, dass die Glaubwürdigkeit des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie nun davon abhängt, dass bei der wirksamen, kohärenten und kompromisslosen Durchsetzung dieser Vorschriften derselbe politische Ehrgeiz an den Tag gelegt wird;***

Or. en

Änderungsantrag 600
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***begrüßt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur***	1. ***nimmt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die ***freie Meinungsäußerung, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die*** in Artikel 2 EUV verankerten

Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die ***Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der*** in Artikel 2 EUV verankerten Werte ***beizutragen***;

Werte ***geschützt werden müssen***;

Or. en

Änderungsantrag 601
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***begrüßt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie ***vor externen Bedrohungen*** zu schützen und letztlich zum Schutz ***der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und*** der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. ***nimmt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen***, zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie zu schützen und letztlich zum Schutz der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen; ***betrachtet das Ziel für einen Europäischen Schutzschild für die Demokratie als ein wichtiges Element der Arbeit der Kommission zur Bekämpfung von ausländischer Einmischung, hybriden Bedrohungen und Desinformation, ist jedoch der Ansicht, dass es dem vorgeschlagenen Text an Ehrgeiz,***

Weitsicht und den zur Erreichung der entsprechenden Ziele erforderlichen Kapazitäten mangelt;

Or. en

Änderungsantrag 602
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor ***internen und*** externen Bedrohungen zu schützen***, indem ein 360°-Ansatz verfolgt wird,*** und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen; ***weist darauf hin, dass der Schutzschild für die Demokratie Teil eines Kontinuums zwischen zivilen und strafverfolgungsbezogenen Aspekten der Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist;***

Or. en

Änderungsantrag 603
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. ***begrüßt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen***; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. ***nimmt*** die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie ***zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor ***internen und*** externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 604
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für

Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen ***und deren Stellvertretern innerhalb der EU*** zu schützen und letztlich zum Schutz der europäischen Lebensweise, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 605
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der ***europäischen Lebensweise***, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, die europäische Demokratie vor externen Bedrohungen ***und internen Schwachstellen*** zu schützen und letztlich zum Schutz der ***Grundrechte***, der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 606
Danilo Della Valle, Jonas Sjöstedt, Konstantinos Arvanitis, Li Andersson

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, ***die*** europäische ***Demokratie*** vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz ***der europäischen Lebensweise,*** der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;	1. begrüßt die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Einrichtung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie und die anhaltenden Bemühungen, auf der bereits im Rahmen des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie geleisteten Arbeit aufzubauen; ist der Ansicht, dass die Kernaufgabe des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie darin bestehen sollte, europäische ***demokratische Prozesse*** vor externen Bedrohungen zu schützen und letztlich zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der in Artikel 2 EUV verankerten Werte beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 607
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit dem Parlament, den Mitgliedstaaten und den einschlägigen EU-Einrichtungen klarere, transparentere und gemeinsam vereinbarte Kriterien für die Aufdeckung, Zuordnung und Bewertung von Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu

entwickeln, darunter Indikatoren zur Unterscheidung zwischen koordinierter Einmischung aus dem Ausland und innenpolitischer Meinungsäußerung; Methoden, bei denen eine Kombination aus Informationen, akademischer Forschung und Open-Source-Analysen zum Einsatz kommt; Garantien zur Gewährleistung der uneingeschränkten Achtung der Grundrechte, der Meinungsfreiheit und des politischen Pluralismus;

Or. en

Änderungsantrag 608
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1b. betont, dass das Parlament eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Überwachung der strategischen Reaktion der Union auf Einmischung aus dem Ausland und Desinformation spielen sollte, unter anderem durch Frühwarnbriefings, den Zugang zu einschlägigen Bedrohungsanalysen und die strukturierte Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten;

Or. en

Änderungsantrag 609
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 1 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1c. fordert, dass das Parlament die

Umsetzung der Rechtsvorschriften der Union in Bezug auf die Integrität von Wahlen, Desinformation und Einmischung aus dem Ausland, stärker kontrolliert, unter anderem indem die Kommission und die zuständigen EU-Agenturen zu regelmäßiger Berichterstattung verpflichtet werden; strukturierte Dialoge mit den zuständigen Ausschüssen des Parlaments geführt werden; das Parlament die Möglichkeit nutzen kann, gezielte Evaluierungen und Prüfungen anzufordern, wenn Umsetzungslücken oder Risiken für demokratische Prozesse festgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 610
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger ***innerstaatlicher Akteure und*** Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum

Einsatz kommen;	Einsatz kommen; ***betont ferner, dass hybride Kriegsführung über Angriffe im Cyber- und Informationsbereich allein hinausgeht und die wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Dimension von strategischer Konfrontation umfasst; ist der Ansicht, dass die Abhängigkeit der EU von externen Daten, kritischen Technologien und Lieferketten eine große Schwachstelle darstellt, die ausgenutzt werden kann, um Zwang auszuüben;***

Or. en

Änderungsantrag 611
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen; ***betont, dass solche Techniken zunehmend alle Schichten der Gesellschaft und eine Vielzahl von Bereichen betreffen, darunter Medien, Bildung, öffentliche Verwaltung,***

Wirtschaftstätigkeit und Wahlprozesse, die zu einem Umfeld beitragen, in dem solche Bedrohungen immer komplexer werden und es immer schwieriger wird, sie vorherzusehen und abzumildern;

Or. en

Änderungsantrag 612
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ***den russischen Imperialismus, einschließlich Russlands Aggression gegen die Ukraine, die russischen Bemühungen, westliche Institutionen und transatlantische Beziehungen zu untergraben, die Versuche Russlands, Einflussbereiche wiederherzustellen, und den Einsatz sowohl kinetischer als auch nicht-kinetischer Methoden wie*** ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

Or. en

Änderungsantrag 613
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure ***aus Drittländern*** gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe***, überwachungsgestützte Zwangsmaßnahmen, transnationale Repressionen*** und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen; ***weist darauf hin, dass die derzeit im Rahmen des Schutzschilds für die Demokratie vorgeschlagenen Maßnahmen dieser komplexen Lage nicht gerecht werden und der Schutz der Demokratie in der EU durch sie daher nicht gewährleistet werden kann;***

Or. en

Änderungsantrag 614
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass ***es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt***, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern ***sowie durch interne Bedrohungen für die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb der Union*** gekennzeichnet ist; betont, dass ***der Schutz der Demokratie einen kohärenten Ansatz erfordert, um sowohl gegen externe Einmischung als auch gegen illiberale Tendenzen im Inland vorzugehen***, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

Or. en

Änderungsantrag 615
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische

Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe***, Einschüchterungsversuche*** und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen; ***weist darauf hin, dass die Fragmentierung der Europäischen Union nach wie vor die entscheidende Schwachstelle ist, deren Behebung nur durch eine tiefere Integration der EU möglich ist;***

Or. en

Änderungsantrag 616
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride ***Angriffe*** und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass ***es sich hierbei um feindselige*** Handlungen ***handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU*** ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride ***Bedrohungen*** und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass ***mit solchen feindseligen*** Handlungen ***demokratische Prozesse*** ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig

ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen; ***betont, dass bei den Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation Praktiken der koordinierten Manipulation und der manipulativen Amplifikation Vorrang vor legitimen Einzeläußerungen eingeräumt werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 617
Sandra Kalniete

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen; ***weist ferner auf die negativen Folgen für die Wirtschaft, einschließlich der Finanzmärkte, Unternehmen, öffentlichen Ausgaben und des langfristigen Wachstums, hin;***

Or. en

Änderungsantrag 618
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU ***und*** ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU***,*** ihre Mitgliedstaaten***, ihre Nachbarländer und ihre Partnerdemokratien weltweit*** konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

Or. en

Änderungsantrag 619
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert

sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern***, aber auch bestimmter Mitgliedstaaten selbst*** gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

Or. fr

Änderungsantrag 620
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ***ausländische Einmischung in Wahlen,*** ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen böswilliger Akteure aus Drittländern gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum

Einsatz kommen;

Or. en

Änderungsantrag 621
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen ***böswilliger Akteure aus Drittländern*** gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;	2. nimmt mit Besorgnis die zunehmend komplexe und sich wandelnde Bedrohungslage zur Kenntnis, mit der die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sind und die durch ***die Zentralisierung von Macht in nicht gewählten supranationalen Einrichtungen,*** ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, hybride Angriffe***,*** ***Zensur*** und Desinformationskampagnen gekennzeichnet ist; betont, dass es sich hierbei um feindselige Handlungen handelt, mit denen die demokratischen Grundlagen der EU ausgehöhlt werden, indem Spaltung geschürt, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe geschmälert und gesellschaftliche Schwachstellen ausgenutzt werden, wobei häufig fortschrittliche digitale Technologien zum Einsatz kommen;

Or. en

Änderungsantrag 622
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

2a. betont, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen und in die Qualität, Zugänglichkeit und Zuverlässigkeit öffentlicher Dienste eine grundlegende Säule der demokratischen Resilienz ist; stellt fest, dass systemische Mängel in den Mitgliedstaaten, darunter in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz, den Medienpluralismus und die Rahmenbedingungen für die Korruptionsbekämpfung, zu strukturellen Schwachstellen innerhalb der Union führen, die von internen und externen Akteuren ausgenutzt werden, um das Vertrauen in die europäischen Institutionen zu untergraben, soziale Spannungen zu schüren und die demokratische Resilienz zu schwächen; betont, dass die Stärkung des Vertrauens der Bürger in demokratische Regierungsführung, öffentliche Verwaltung und Leistungen der Daseinsvorsorge von wesentlicher Bedeutung ist, um der FIMI entgegenzuwirken und die Stabilität und Legitimität demokratischer Systeme in der gesamten EU zu stärken; ist daher der Ansicht, dass die Stärkung der demokratischen Resilienz damit beginnen muss, das Vertrauen der Gesellschaft wiederherzustellen und die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit zu bekämpfen, durch die die Resilienz der Union gegenüber hybriden Bedrohungen geschwächt und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten untergraben wird sowie gemeinsame Reaktionen auf Einmischung aus dem Ausland behindert werden; fordert, dass der soziale Zusammenhalt, die demokratische Legitimität und das Vertrauen in die Institutionen als integrale Bestandteile der EU-Rahmen für Sicherheit und demokratische Resilienz behandelt werden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, die künftige Sicherheitsstrategie der Europäischen Union auf der Grundlage eines

ganzheitlichen Ansatzes zu konzipieren, bei dem anerkannt wird, dass durch Ungleichheiten, soziale Deprivation und die Wahrnehmung, dass demokratische Systeme den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden, Schwachstellen geschaffen werden, die von feindlichen Akteuren ausgenutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 623
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. betont, dass die Europäische Union bei der Ermittlung und Prävention von ausländischer und inländischer Einmischung und Desinformation, die gegen demokratische Grundsätze gerichtet sind, sowie bei der Reaktion darauf eine solide geschlechtsspezifische Perspektive einnehmen muss, wobei Desinformation der Anti-Gender-Bewegung und koordinierte Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die Rechte von LGBTIQ+-Personen ausdrücklich als wesentliche Faktoren antidemokratischer Einmischung anerkannt werden müssen; betont, dass das Engagement der EU für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte systematische Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung von Netzwerken umfassen muss, die gegen die Geschlechtergleichstellung und marginalisierte Gemeinschaften gerichtet sind; fordert mehr Transparenz, Überwachung und Rechenschaftspflicht in Bezug auf die finanzielle und politische Unterstützung von Akteuren, die in der

Union an koordinierter Einmischung vonseiten der Anti-Gender-Bewegung beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 624
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. betont, dass gegen die Union gerichtete ausländische Informationsmanipulation und Einmischung von einer Vielzahl externer Akteure ausgehen können, darunter strategische Wettbewerber sowie Partner und Verbündete; betont, dass die strukturelle Abhängigkeit der Union von nichteuropäischen digitalen Plattformen, Infrastrukturen und Informationsökosystemen die Exposition gegenüber externen Einflüssen, regulatorischen Fehlausrichtungen und demokratischen Schwachstellen erhöht; fordert daher eine maßgebliche Stärkung der digitalen Autonomie und technologischen Souveränität der Union, unter anderem durch die Entwicklung und den Ausbau europäischer digitaler Infrastrukturen und Plattformen, die auf europäischen Werten, Grundrechten und demokratischer Rechenschaftspflicht beruhen;

Or. en

Änderungsantrag 625
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag

Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. betont, dass Strategien der hybriden ausländischen Einmischung, die auf Zermürbung abzielen, nicht nur anhand ihrer unmittelbaren störenden Auswirkungen bewertet werden sollten, sondern auch anhand ihrer kumulativen politischen und strategischen Folgen, einschließlich des Potenzials, die Entschlossenheit der gesamten Union zu festigen und einander widersprechende Rollen zu klären; fordert, dass bei künftigen Bewertungen klar zwischen taktischen Störungen und strategischen Auswirkungen unterschieden wird;

Or. en

Änderungsantrag 626
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. betont, dass Abschreckung, die ausschließlich auf Resilienz und Schutz beruht, die Gefahr birgt, dass der Union dauerhafte Verteidigungskosten auferlegt werden, ohne die strategischen Impulse anzugehen, die feindlichen Zermürbungskampagnen zugrunde liegen; fordert die Kommission und die Hohe Vertreterin auf, zu prüfen, ob die derzeitigen Reaktionen das Risiko bergen, kontradiktorische Annahmen hinsichtlich Eskalationsaversion, Zuweisungsparalyse oder Kostenasymmetrie zu bekräftigen, und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten, wie die bestehenden diplomatischen, rechtlichen und politischen Instrumente im Rahmen der Verträge kohärenter genutzt werden

könnten, um die Abschreckung zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 627
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. betont, dass geschlechtsspezifische Desinformation eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie darstellt, da Frauen und LGBTIQ+-Personen von der politischen und bürgerschaftlichen Teilhabe abgehalten und die Fortschritte hin zu gleichberechtigten, inklusiven und demokratischen Gesellschaften untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 628
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 2 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2c. betont, dass nicht alle Formen kontroverser, polarisierender oder koordinierter politischer Kommunikation innerhalb der Union ausländische Informationsmanipulation und Einmischung darstellen; betont, dass klar unterschieden werden muss zwischen i) Manipulationsversuchen aus dem Ausland und ii) innenpolitischer Meinungsäußerung, Interessenvertretung oder Aktivismus, auch wenn diese durch rechtmäßige digitale Mittel verstärkt

werden; warnt vor einer konzeptiven Inflation, welche die Gefahr birgt, dass legitime demokratische Auseinandersetzungen als Einmischung eingestuft werden;

Or. en

Änderungsantrag 629
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 2 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2c. fordert die Europäische Union auf, ihre Reaktion auf Desinformation und Informationsmanipulation, die sich gegen Frauen und LGBTIQ+-Personen und ihre Rechte richten, durch einen Multi-Stakeholder-Ansatz zu verstärken, an dem Regierungen, internationale Organisationen, die Medien, Online-Plattformen, Faktenprüforganisationen, akademische Forschungseinrichtungen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter, der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte sowie den Rechten von LGBTIQ+-Personen befassen, beteiligt sind, wie vom Europäischen Auswärtigen Dienst hervorgehoben wurde (EAD, 2023);

Or. en

Änderungsantrag 630
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 2 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2d. fordert die EU auf, geschlechtsspezifische Desinformation zu überwachen und zu untersuchen, angemessene Ressourcen bereitzustellen, um ihre frauenfeindlichen und diskriminierenden Wurzeln zu verstehen, Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen einsetzen, zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Resilienz durch Aufklärung und von der Gemeinschaft geleitete feministische Lösungen zu stärken, sowie proaktive Gegennarrative zu entwickeln und bewährte Verfahren in die Strategien und Kampagnen der EU zu integrieren; fordert Online-Plattformen nachdrücklich auf, die Schulungen für Moderatoren von Inhalten in Bezug auf Vielfalt und kulturelle Kompetenz zu verbessern und systematisch unabhängige Experten einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 631
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	***entfällt***

Änderungsantrag 632
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die ***Sicherheit und*** demokratische Integrität Europas***; ist der Ansicht, dass feindselige Handlungen Russlands gegen EU- und NATO-Mitgliedstaaten – wie Attentate, darunter solche unter Einsatz verbotener chemischer Kampfstoffe wie Nowitschok, und Sabotageakte, die das Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger gefährden – einer Form des nicht erklärten Krieges gegen den gesamten Westen gleichkommen; weist darauf hin, dass Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion aggressive Kriege gegen seine Nachbarn geführt und Teile ihrer Hoheitsgebiete besetzt hat, wie in den Fällen Georgiens und Moldaus, und zahlreiche Kriegsverbrechen begangen hat – von Tschetschenien über Syrien und Libyen bis hin zu den brutalen Gräueltaten in der Ukraine; betont, dass Russland als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch dieses inhärente Muster von Aggression und Gewalt gegen die Charta der Vereinten Nationen und die grundlegenden Verpflichtungen des friedlichen Zusammenlebens verstößt***; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen***, wobei gleichzeitig***

Wachsamkeit gegenüber ähnlichen Bedrohungen durch andere autoritäre Regime geboten ist;

Or. en

Änderungsantrag 633
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die ***Sicherheit und*** demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist***; weist jedoch darauf hin, dass es andere langjährige sowie neuere Akteure gibt, die die Sicherheit und demokratische Integrität der Union durch hybride Bedrohungen und andere feindselige Aktivitäten oder Zwangsmaßnahmen gleichermaßen gefährden***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Grundsatz der Informationsabschreckung als integralen Bestandteil des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie zu übernehmen, einschließlich einer koordinierten öffentlichen Zuweisung feindseliger Handlungen, strategischer Gegennarrative, einer schnelleren Anwendung diplomatischer Reaktionen und erforderlichenfalls restriktiver Maßnahmen gegenüber staatlichen Akteuren, die für systematische Kampagnen ausländischer Informationsmanipulation und***

Einmischung verantwortlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 634
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas ***und weist gleichzeitig auf die systemischen Herausforderungen hin, die sich aus der selbstbewussten Haltung einiger wichtiger globaler Akteure ergeben; stellt mit Besorgnis fest, dass die EU in kritischem Maße von digitalen Diensten und Infrastrukturen in Drittländern abhängig ist, wodurch die Union anfällig für politische Veränderungen in strategischen Partnerländern wird***; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie ***basierend auf dem Grundsatz der strategischen Autonomie*** erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 635
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein ***dem Terrorismus Vorschub leistender*** Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein Staat ist***, der dem Terrorismus und kriminellen Organisationen, die in Nordafrika und der Sahelzone Menschen- und Drogenhandel betreiben, Vorschub leistet***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 636
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. ***betrachtet Russland als die größte*** externe ***Bedrohung für die*** demokratische ***Integrität Europas***; ***bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. ***ist der Ansicht, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie als prozessorientierter Rahmen konzipiert werden sollte, mit dem es der Union ermöglicht wird, sich verändernde interne und*** externe ***Belastungen für*** demokratische ***Systeme, unabhängig von ihrer Ursache, vorwegzunehmen und darauf zu reagieren***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 637
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. ***betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung*** für die demokratische Integrität Europas***; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. ***erkennt die Existenz externer Bedrohungen*** für die demokratische Integrität Europas ***durch Drittländer und militante Gruppen an, insbesondere durch islamistische Organisationen wie die sogenannte Muslimbruderschaft***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 638
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus ***und separatistischen Bewegungen in Europa*** Vorschub leistender Staat ist; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 639

Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betrachtet Russland als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas***; bekräftigt seine Auffassung, dass Russland ein dem Terrorismus Vorschub leistender Staat ist***; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;	3. betrachtet Russland***, die Vereinigten Staaten und Israel*** als die größte externe Bedrohung für die demokratische Integrität Europas; betont, dass dringend eine umfassende, kohärente und zukunftsorientierte Strategie erforderlich ist, um diese Herausforderungen wirksam anzugehen und die europäische Demokratie zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 640
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe auf den Multilateralismus, die Aushöhlung der regelbasierten internationalen Ordnung und die Schwächung langjähriger Bündnisse, durch die in der Vergangenheit die globale Stabilität gewährleistet wurde; weist in diesem Zusammenhang auf die jüngsten Veränderungen in der Politik der Vereinigten Staaten hin, die zu einer erhöhten Unsicherheit in der internationalen Zusammenarbeit und im kollektiven Handeln beigetragen haben, insbesondere auf die Entscheidung des US-Präsidenten vom 7. Januar 2026, aus einer beträchtlichen Anzahl

internationaler Organisationen, darunter zahlreiche Gremien der Vereinten Nationen, auszutreten, die Teilnahme an ihnen auszusetzen oder die Zusammenarbeit mit ihnen zu beenden; ist zutiefst besorgt darüber, dass ein solcher Schritt die finanzielle Tragfähigkeit des Systems der Vereinten Nationen schmälern, die multilaterale Zusammenarbeit in einer Zeit, in der sie am dringendsten benötigt wird, schwächen und autoritäre und revisionistische Akteure ermutigen wird, die in der Vergangenheit versucht haben, jedweden Rückzug oder Ausstieg westlicher Mächte aus internationalen Organisationen auszunutzen; betont daher, dass die Europäische Union dringend ihre Führungsrolle bei der Unterstützung und Stärkung multilateraler Organisationen stärken, demokratische Institutionen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen aufrechterhalten und die Grundsätze der Kontrolle und Gegenkontrolle als wesentliche Säulen resilienter, regelbasierter Gesellschaften durch verstärkte politische und finanzielle Unterstützung dieser Institutionen zur Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung wahren muss;

Or. en

Änderungsantrag 641
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. bedauert zutiefst, dass es in der Sicherheitsstrategie der Regierung unter US-Präsident Trump heißt, dass die EU ihre gescheiterte Ausrichtung auf die

Erstickung der Regulierung aufgeben sollte, dass der individuelle Charakter und die individuelle Geschichte der europäischen Nationen unverhohlen gewürdigt werden sollten, dass die Vereinigten Staaten ihre politischen Verbündeten in Europa auffordern, diese Wiederbelebung des Geistes zu fördern, und dass der wachsende Einfluss patriotischer europäischer Parteien in der Tat Anlass zu großem Optimismus gebe; ist besorgt über die jüngsten Versuche, die Regulierungshoheit der EU zu untergraben, sowie über die ausdrückliche und aktive Unterstützung rechtsextremer Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) durch die Trump-Regierung; nimmt mit großer Besorgnis die Maßnahmen des US-Außenministeriums im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, darunter die Finanzierung von Denkfabriken oder die Unterstützung politischer Gruppen, die darauf abzielen, die Politik europäischer Regierungen zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 642
Sandra Kalniete

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, wie wichtig es ist, das historische Gedächtnis und die Erinnerung Europas zu bewahren, insbesondere im aktuellen Kontext, in dem Russland mit Taktiken wie der Manipulation und Fälschung historischer

Fakten versucht, das Vertrauen in das demokratische System zu untergraben, und bekräftigt seine Unterstützung für die Errichtung eines paneuropäischen Denkmals auf der Esplanade Solidarność für die Opfer totalitärer Regime des 20. Jahrhunderts; betrachtet dieses Denkmal als gemeinsames europäisches Unterfangen, das auf den gemeinsamen historischen Erfahrungen Europas beruht und zur demokratischen Resilienz beiträgt; fordert die Kommission auf, einen Bericht über das europäische Gedenken vorzulegen, der Anfang 2027 behandelt werden soll;

Or. en

Änderungsantrag 643
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. weist darauf hin, dass neben Russland auch China, Iran oder Nordkorea die EU vor große Herausforderungen stellen; ist äußerst besorgt über die Haltung der US-Regierung gegenüber Europa, insbesondere wie sie in der Nationalen Sicherheitsstrategie beschrieben wird; ist der Ansicht, dass die offene Bereitschaft der US-Regierung, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen, eine kritische Bedrohung für die demokratische Integrität Europas darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 644

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. bedauert, dass der US-Präsident, seine Regierung und die Oligarchen zu einer zusätzlichen Bedrohung für die europäische Demokratie geworden sind; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dem Druck und den Drohungen vonseiten der Vereinigten Staaten nicht nachzugeben, sondern die europäischen digitalen Vorschriften durchzusetzen und die europäische Souveränität zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 645
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. weist auf die Bedrohung hin, die von nichtstaatlichen Akteuren wie Online-Plattformen oder ultrakonservativen religiösen Gruppen ausgeht; befürchtet, dass solche Gruppen auf eine Änderung der Auslegung des Begriffs „Religionsfreiheit“ drängen werden, um die Gleichberechtigung von Frauen, LGBTIQ+-Gemeinschaften oder Minderheiten anzugreifen; fordert die Mitgliedstaaten auf, sich bei der Reaktion auf Angriffe solcher extremistischer Gruppen abzustimmen, auch indem sie ihnen die Beeinflussung – einschließlich der Finanzierung – politischer Parteien in der Europäischen Union verwehren; stellt fest, dass Alliance Defending Freedom, eine konservative Rechtsanwalts- und Interessenvertretungsorganisation, die

hinter der Aufhebung von Roe v. Wade in den Vereinigten Staaten steht, eine rechtsextreme christliche Ideologie verbreitet und ihre weltweiten Ausgaben für Rechtsstreitigkeiten und andere Kampagnen erhöht hat; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, jegliche Finanzierung durch das US-Außenministerium von MAGA-nahen Denkfabriken und Wohltätigkeitsorganisationen in ganz Europa zu verhindern, die darauf abzielt, die politischen Positionen Washingtons zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 646
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. weist darauf hin, dass die EU ein Instrument gegen Zwangsmaßnahmen angenommen hat, das am 27. Dezember 2023 in Kraft getreten ist und das dem Schutz der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer dient;

Or. en

Änderungsantrag 647
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft***, die Stärkung freier und unabhängiger Medien*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen; ***betont, dass Russland strategisch Milliarden in ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und hybride Angriffe investiert und dass zur Bekämpfung einer solchen Strategie eine kohärente zentralisierte Vision und entsprechende Haushaltsmittel erforderlich sind; hebt hervor, dass Investitionen in die Demokratie für Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität von entscheidender Bedeutung sind;***

Or. en

Änderungsantrag 648
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz

bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;

bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft***, die Stärkung freier und unabhängiger Medien*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen; ***betont in diesem Zusammenhang, dass klar definierte Ziele und messbare Maßnahmen unerlässlich sind, um eine wirksame Zuweisung von Ressourcen zu gewährleisten und eine Fragmentierung oder Ineffizienzen bei der Finanzierung zu vermeiden;***

Or. en

Änderungsantrag 649
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, ***die Stärkung der Resilienz bei Wahlen,*** die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden ***Mitteln*** ausgestattet werden müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***von den Mitgliedstaaten*** fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden ***Fördermitteln*** ausgestattet werden müssen; ***fordert, dass die für die Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung zuständigen Referate des EAD gestärkt werden, indem zusätzliche spezialisierte Stellen geschaffen werden, um die analytischen Kapazitäten, die***

Kapazitäten zur strategischen Kommunikation sowie die operativen Kapazitäten zu verbessern, anstatt neue Institutionen zu finanzieren;

Or. en

Änderungsantrag 650
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung ***und hybriden Bedrohungen***, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***fest im*** kommenden MFR ***verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden*** müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***Teil des*** kommenden MFR ***sein*** müssen; ***fordert die Kommission auf, dem Parlament alle sechs Monate einen ausführlichen Bericht vorzulegen, in dem die Auswahlkriterien für die Zuweisung von Mitteln und Ressourcen sowie die tatsächlichen Auswirkungen der Finanzierung auf die redaktionelle Unabhängigkeit und die Informationsvielfalt in der Europäischen Union dargelegt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 651
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen; ***hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass der erhebliche Rückgang der Finanzmittel für europäische Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Integrität von Wahlen, die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und die Stärkung der demokratischen Resilienz einsetzen, dringend umgekehrt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 652
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz

bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung ***der Zivilgesellschaft*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung ***zivilgesellschaftlicher Organisationen, die echte Dienste von öffentlichem Interesse ohne politischen Aktivismus oder politische Interessenvertretung erbringen,*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 653
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen; ***betont, dass Investitionen in die Demokratie für Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität von entscheidender Bedeutung sind;***

Or. en

Änderungsantrag 654
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft***, die Bekämpfung überwachungsgestützter Zwangsmaßnahmen*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 655
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der

Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***fest*** im kommenden MFR ***verankert und*** mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;	Cybersicherheit, die Unterstützung der Zivilgesellschaft***, die Stärkung freier und unabhängiger Medien*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – im kommenden MFR mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 656
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit***, die Unterstützung der Zivilgesellschaft*** und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***fest im kommenden MFR verankert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden müssen***;	4. bekräftigt mit Überzeugung, dass die in der Initiative „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“ dargelegten politischen Prioritäten – darunter die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und hybriden Bedrohungen, die Stärkung der Resilienz bei Wahlen, die Verbesserung der Cybersicherheit und die Förderung eines unabhängigen und investigativen Journalismus – ***keine Rechtfertigung für Mechanismen zur allgemeinen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger in der EU darstellen dürfen***;

Or. en

Änderungsantrag 657
Michał Wawrykiewicz, Mika Aaltola, Bartłomiej Sienkiewicz, Tomas Tobé, Sandra Kalniete, Eszter Lakos, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. fordert die Europäische Kommission auf, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament einen strukturierten Mechanismus für die jährliche Überprüfung des Schutzschilds für die Demokratie einzurichten; betont, dass diese im Rahmen des Europäischen Parlaments durchgeführte Überprüfung eine systematische Bewertung der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen, der Wirksamkeit der Umsetzung auf Unionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten sowie der Angemessenheit der verfügbaren Ressourcen umfassen sollte; betont ferner, dass das Überprüfungsverfahren eine Grundlage für die schrittweise Anhebung des Ambitionsniveaus des Schutzschilds für die Demokratie bieten sollte, indem unter anderem Lücken, neu auftretende Bedrohungen und bewährte Verfahren ermittelt werden, um die Resilienz der Union gegenüber einer Aushöhlung der Demokratie, ausländischer Einflussnahme und hybriden Bedrohungen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 658
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. ist zutiefst besorgt über die mutmaßlichen geheimen Überwachungs- und Spionageaktivitäten der ungarischen Behörden gegen Bedienstete der Kommission und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF); betont,

dass solche Aktivitäten, sofern sie sich als wahr erweisen, einen schwerwiegenden Verstoß gegen das gegenseitige Vertrauen und die loyale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Organen darstellen und eine ernsthafte Bedrohung für die Interessen, die Sicherheit und das ordnungsgemäße Funktionieren der Union, auch auf höchster Entscheidungsebene, bedeuten könnten; fordert die Schaffung eines umfassenden Rahmens zur Verhinderung und Aufdeckung solcher feindseligen Aktivitäten sowie zur Reaktion darauf, unter anderem durch einen verstärkten Schutz der Unionsorgane und ihrer Bediensteten sowie Schulungen und spezifische Briefings im Vorfeld von Missionen;

Or. en

Änderungsantrag 659
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. begrüßt den Hinweis der Kommission, dass Verteidigungsausgaben auch für Investitionen in die demokratische Resilienz verwendet werden sollten, und zwar im Rahmen von Instrumenten wie dem Europäischen Verteidigungsfonds, Horizont Europa, dem Programm „Digitales Europa“, dem Instrument für Sicherheitsmaßnahmen für Europa und dem Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie; stellt fest, dass diese Ausgaben zur Förderung der technologischen Exzellenz sowie zur Bekämpfung und Abwehr hybrider und informationstechnischer Bedrohungen und zur Förderung der Bürgerbeteiligung verwendet werden sollten, um die

Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an europäischen Finanzierungsentscheidungen und deren Legitimation sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 660
Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. verurteilt aufs Schärfste die gemeldete systematische Spionage durch die ungarische Regierung, einschließlich der Aktivitäten, die mutmaßlich von 2015 bis 2019 von der Ständigen Vertretung Ungarns bei der Union durchgeführt wurden, als Kommissionsmitglied Várhelyi als Ständiger Vertreter tätig war; bedauert, dass solche Spionageaktivitäten innerhalb der Union durch einen Mitgliedstaat stattgefunden haben und damit das gegenseitige Vertrauen und die institutionelle Integrität untergraben wurden; fordert die Kommission auf, die Prävention und Erkennung solcher internen Bedrohungen sowie die Reaktion darauf auf Unionsebene zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 661
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. äußert ernsthafte Besorgnis über die Verwendung des Konzepts der

sogenannten „militanten Demokratie“ als politische Rechtfertigung für Handlungen, die gegen die Verfassung und das Gesetz verstoßen und durch die die institutionelle Kontrolle und Gegenkontrolle geschwächt werden und die Rechtssicherheit untergraben wird; betont, dass solche Praktiken der Tusk-Regierung, die unter Missachtung der Verfassung, der Rechtsstaatlichkeit, der Gewaltenteilung und des Grundsatzes eines ordnungsgemäßen Verfahrens erfolgen, nichts mit echter Demokratie zu tun haben;

Or. en

Änderungsantrag 662
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. betont, dass ausländische Einmischung in Wahlen nicht auf Wahlperioden beschränkt ist, sondern auf permanenten digitalen Infrastrukturen, Einflussnetzwerken und Monetarisierungsmechanismen beruht, die auch außerhalb von Wahlzyklen aktiv bleiben; betont daher, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie kontinuierlich und nicht als zeitlich begrenztes oder ereignisgesteuertes Reaktionsinstrument funktionieren muss;

Or. en

Änderungsantrag 663
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag

Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. begrüßt den breiten Anwendungsbereich des Schutzschilds für die Demokratie, der sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Kandidaten- und Nachbarländer angemessen umfasst; betont, dass die Ausweitung seines Wirkungsbereichs über die Grenzen der Union hinaus entscheidend ist, um Kohärenz zu gewährleisten, da die demokratische Stabilität innerhalb der Union untrennbar mit den Entwicklungen in ihrer Nachbarschaft verbunden ist;

Or. en

Änderungsantrag 664
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. unterstreicht seine Unterstützung für das Engagement der Kommission, die demokratische Resilienz durchgängig in Programme wie Kreatives Europa, Digitales Europa, das Programm „Justiz“, Horizont Europa und Erasmus+ sowie in den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt und auch in die Pläne für nationale und regionale Partnerschaft einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 665
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. betont, dass der Schutz der Demokratie und die gesellschaftliche Resilienz ein europäisches öffentliches Gut darstellen; betont, dass alle Mitgliedstaaten, unabhängig von ihrer Größe oder geografischen Lage, gleichermaßen vom Schutz auf Unionsebene vor hybriden Bedrohungen, ausländischer Einmischung und Desinformation profitieren müssen;

Or. en

Änderungsantrag 666
Sandro Ruotolo, Krzysztof Brejza, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Saskia Bricmont, Diana Riba i Giner, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Hannah Neumann, Leoluca Orlando, Chloé Ridel, Brando Benifei, Lucia Yar, Raffaele Topo, Marco Tarquinio, Daniel Freund, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. bedauert die Untätigkeit bei der Umsetzung der Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 15. Juni 2023 an den Rat und die Kommission; fordert die Kommission nachdrücklich auf, unverzüglich Legislativvorschläge gemäß Ziffer 136 vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 667
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. ist der Ansicht, dass der Schutzschild für die Demokratie das Schlüsselelement zum Schutz der neuen europäischen Bürgerrechte sein sollte, nämlich des europäischen Rechts auf Information und auf Einstellungen in sozialen Medien, um die Nutzer vor Filterblasen zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 668
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. nimmt kritisch zur Kenntnis, dass in der Gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht auf transnationale Repression eingegangen wird, die eine erhebliche Bedrohung für Demokratie, Souveränität, Sicherheit und Grundrechte in der EU darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 669
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

4b. fordert die Einführung einer „demokratischen Verantwortung“ für private Unternehmen, um einen funktionierenden zivilgesellschaftlichen Raum zu gewährleisten, in dem Debatten stattfinden können; ist der Ansicht, dass Werbetreibende dadurch ermutigt würden, in Nachrichtenmedien zu investieren und so einen Beitrag zur demokratischen Gesellschaft in der EU zu leisten; vertritt die Auffassung, dass sich diese Maßnahmen positiv auf die jeweiligen Unternehmen auswirken könnten, basierend auf dem Prinzip „benennen und loben“;

Or. en

Änderungsantrag 670
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. betont, dass die Ambitionen der Union bei der Wahrung der demokratischen Integrität nicht aufgrund der möglichen Wahrnehmung ihres Rechts- bzw. Politikrahmens durch externe Akteure heruntergeschraubt werden dürfen und dass der Schutz demokratischer Werte und Institutionen das vorrangige Leitprinzip der Union bleiben sollte;

Or. en

Änderungsantrag 671
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich gemeinsam mit dem Europäischen Parlament auf einen Prozentsatz der europäischen und nationalen Verteidigungsausgaben zu einigen, der für die Stärkung der demokratischen Resilienz, einschließlich der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und Informationsbedrohungen sowie der Vorsorge, vorgesehen ist;

Or. en

Änderungsantrag 672
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. verurteilt aufs Schärfste die Versuche der Volksrepublik China, demokratische Institutionen weltweit durch politische Einflussnahme, transnationale Repressionen, wirtschaftlichen Druck, Desinformationskampagnen und den Export digitaler autoritärer Technologien zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 673
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. nimmt mit Besorgnis die Diskrepanz zwischen dem kontradiktorischen und immer ausgefeilteren Charakter der Bedrohungen, denen mit dem Europäischen Schutzschild für die Demokratie begegnet werden soll, und den als Reaktion darauf vorgeschlagenen überwiegend nicht rechtsverbindlichen Maßnahmen zur Kenntnis; bedauert, dass eine beträchtliche Anzahl angekündigter Maßnahmen auf nicht verbindlichen Instrumenten wie Leitlinien und Empfehlungen der Kommission sowie auf freiwilligen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und anderer Interessenträger beruht, wodurch ihre Wirksamkeit und rechtliche Wirkung eingeschränkten werden könnten; fordert die Einführung klarerer verbindlicher Mechanismen und gegebenenfalls durchsetzbarer Maßnahmen, um eine glaubwürdige und rechtzeitige Umsetzung sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 674
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. fordert verstärkte Schutzmaßnahmen auf EU-Ebene, um sicherzustellen, dass redaktionelle Satzungen, Mechanismen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit von Nachrichtenredaktionen und die Beteiligung von Journalisten an wichtigen redaktionellen Entscheidungen im Einklang mit dem Europäischen

Medienfreiheitsgesetz geachtet werden und durchsetzbar sind; betont, dass die demokratische Resilienz erfordert, dass redaktionelle Entscheidungen unter Berücksichtigung journalistischer Grundsätze und des öffentlichen Interesses getroffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 675
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. bekräftigt seine Unterstützung für das Programm „ReArm Europe“ und begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Zuweisung von Verteidigungsausgaben für die Stärkung der demokratischen Resilienz als Kernkomponente der Sicherheit sowie für die Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und Informationsbedrohungen zu ermöglichen, was auch das Programm „ReArm Europe“ einschließen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 676
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. ist zutiefst besorgt über Chinas Zwangsmaßnahmen gegen Demokratien weltweit, insbesondere über seinen

anhaltenden militärischen, politischen und informationellen Druck gegen Taiwan, dessen demokratisches System eine direkte Herausforderung für totalitäre kommunistische Narrative darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 677
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4d. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die demokratische Resilienz zu stärken, indem die strategischen Abhängigkeiten von autoritären Regimen verringert, kritische Infrastrukturen und digitale Netzwerke geschützt, demokratische Partner im indopazifischen Raum wie Taiwan unterstützt und koordinierte Abwehrmaßnahmen gegen Einflussnahme und Zwangsmaßnahmen aus dem Ausland entwickelt werden;

Or. en

Änderungsantrag 678
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 4 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4d. fordert die EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, unverzüglich Maßnahmen zum Schutz der Informationshoheit Europas und zur

Sicherung professioneller Medieninhalte von Europäerinnen und Europäern („Made in Europe“) zu ergreifen; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, legislative und wirtschaftliche Instrumente zu schaffen, mit denen die Entwicklung einer Plattform „Made in Europe“ ermöglicht werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 679
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 4 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4e. betont, dass Demokratie nicht durch Methoden „verteidigt“ werden kann, die demokratischen Grundprinzipien widersprechen; weist darauf hin, dass der wahre Schutz demokratischer Institutionen die strikte Achtung des Willens des Volkes, der Verfassung und unabhängiger Gerichte sowie die gleiche Anwendung des Gesetzes auf alle politischen Akteure erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 680
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz	***Europäische Zentren*** für demokratische Resilienz

Or. en

Änderungsantrag 681
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. fordert die Kommission auf, die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Demokratie nicht weiter zu verfolgen; ist der Ansicht, dass die Schaffung einer solchen Stelle ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Souveränität der Mitgliedstaaten aufwerfen und die Gefahr eines Eingriffs in nationale Zuständigkeiten mit sich bringen würde; betont, dass durch die Schaffung einer neuen supranationalen Struktur in diesem Bereich die für Initiativen im Zusammenhang mit demokratischer Regierungsführung erforderliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit untergraben und gleichzeitig bestehende Mechanismen dupliziert werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 682
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. betont, dass langfristige demokratische Resilienz sich nicht durch Regulierungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen allein erreichen lässt, sondern nachhaltige Investitionen in die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zum kritischen Denken, in die Medienkompetenz und die digitale Kompetenz sowie in die politische

Bildung als Kernkomponenten des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 683
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 684
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission ***für ein Europäisches Zentrum*** für demokratische Resilienz ***(im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der*** Kommission, das Parlament ***regelmäßig*** über die ***Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums*** zu unterrichten ***und in diesen Prozess einzubeziehen***;	5. ***lehnt*** den Vorschlag der Kommission ***zur Einrichtung eines Europäischen Zentrums*** für demokratische Resilienz ***ab und fordert, die Arbeiten zu dessen Einrichtung einzustellen; fordert die*** Kommission ***auf***, das Parlament über die ***Entwicklungen*** zu unterrichten;

Or. en

Änderungsantrag 685
Christophe Gomart

Entschließungsantrag

Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) ***als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten*** Koordinierung ***der Bemühungen,*** sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen ***standzuhalten***, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; ***nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der*** Mitgliedstaaten***, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der*** Kommission***, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums*** unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission ***arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres*** 2026 ***seine Arbeit aufnehmen kann***; ***begrüßt die Zusage der Kommission***, das Parlament regelmäßig ***über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums*** zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) ***zur Kenntnis und äußert Vorbehalte bezüglich der Schaffung einer neuen ständigen Struktur, da dies zu institutioneller Doppelarbeit und Unklarheiten bei der Verteilung der Zuständigkeiten führen könnte; betont, dass die für dieses Zentrum vorgesehenen Aufgaben in Europol integriert und an dieses angegliedert werden sollten, um eine wirksame*** Koordinierung ***zu gewährleisten und die Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu optimieren, da Europol bereits über anerkanntes operatives Fachwissen und etablierte Mechanismen für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten verfügt; ist der Ansicht, dass diese Angliederung eine kohärentere Antwort auf die*** sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***, darstellt***; ***betont, dass die Tätigkeiten in diesem Zusammenhang im Rahmen einer Koalition der willigen Länder innerhalb von Europol stattfinden könnten, anstatt in Form einer neuen eigenständigen Struktur; betont, dass die*** Mitgliedstaaten ***eng in die Governance- und Entscheidungsmechanismen im bestehenden institutionellen Rahmen von Europol eingebunden werden müssen; fordert die*** Kommission ***auf, bei ihren laufenden Arbeiten*** unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission ***einer funktionalen Eingliederung in Europol Vorrang einzuräumen, um eine rasche und wirksame Umsetzung bis*** 2026 ***zu gewährleisten***; ***betont, dass es wichtig ist***, das Parlament regelmäßig zu unterrichten

und ***es eng*** in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. fr

Änderungsantrag 686
Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***; betont, dass die operative Dimension des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie durch die Schaffung eines speziellen Zentrums gestärkt werden muss, das in Form eines Pilotprojekts umgesetzt werden könnte; hebt hervor, dass dieses spezielle Zentrum als operative Komponente des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie fungieren und mit der Aufgabe betraut werden sollte, Bedrohungsanalysen und Frühwarnungen in konkrete, zeitnahe und evidenzbasierte operative Ergebnisse umzusetzen***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich

das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 687
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für ***demokratische*** Resilienz ***(im Folgenden „Zentrum“)*** als ***notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen***, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen ***standzuhalten***, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung*** der Mitgliedstaaten, ***zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen***	5. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für ***die*** Resilienz ***der Demokratie*** als ***freiwillige Koordinierungsstelle für die Mitgliedstaaten zur Unterstützung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren***, ***um*** sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***, standzuhalten, wobei die Zuständigkeiten*** der Mitgliedstaaten, ***die nationalen Verfassungstraditionen und die Grundsätze der Subsidiarität*** und ***Verhältnismäßigkeit in vollem Umfang eingehalten werden, zur Kenntnis***;

Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und ***in diesen Prozess einzubeziehen***;

Or. en

Änderungsantrag 688
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere***, aber nicht ausschließlich,*** ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; ***bedauert jedoch das Fehlen klarer Angaben zum Zeitplan und zu den konkreten Etappenzielen für die schrittweise Umsetzung der Entwicklung des Zentrums, da der Verweis auf eine „schrittweise“ Umsetzung auf der Grundlage der freiwilligen Beteiligung der Mitgliedstaaten keine ausreichende***

Vorhersehbarkeit, Rechenschaftspflicht oder operative Sicherheit bietet; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 689
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; ***ist der Ansicht, dass die Einrichtung des Zentrums einen qualitativen Wandel von einer fragmentierten Koordinierung hin zu einer stärker integrierten, operativen und strategischen Kapazität auf EU-Ebene darstellen sollte;*** nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis ***und betont gleichzeitig, dass dies die Fähigkeit des Zentrums, wirksam zu handeln, nicht beeinträchtigen darf***; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds

einzubeziehen;

der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 690
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***; bedauert jedoch, dass die von der Kommission vorgeschlagene Beteiligung der Mitgliedstaaten freiwillig ist, was die Gefahr birgt, dass eine Sicherheitsarchitektur mit zwei Geschwindigkeiten geschaffen wird; fordert einen verbindlichen Rahmen, um einen gleichwertigen Schutz in der gesamten Union zu gewährleisten***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie,

unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 691
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt den*** Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) ***als notwendigen und logischen Schritt hin*** zu ***einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten***, ***insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt*** die ***Zusage der***	5. ***äußert Bedenken darüber, dass der*** Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) zu ***einem Instrument für die indirekte Zensur abweichender***, ***aber ebenso legitimer demokratischer Meinungen werden könnte***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***verurteilt*** die ***Schaffung einer weiteren zentralisierten bürokratischen Struktur, die zusätzliche Kosten*** für die ***europäischen Steuerzahler mit sich bringt*** und ***zu einer Doppelung bestehender Mechanismen wie dem Schnellwarnsystem des EAD führt***;

Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die ***Demokratie und des Zentrums zu unterrichten*** und ***in diesen Prozess einzubeziehen***;

Or. en

Änderungsantrag 692
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als ***notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten*** Koordinierung der ***Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer*** Informationsmanipulation und Einmischung ***sowie Desinformation***; ***nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission***, dass ***sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen***;	5. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als ***möglichen Beitrag zur*** Koordinierung der ***Maßnahmen gegen ausländische*** Informationsmanipulation und Einmischung ***zur Kenntnis***; ***weist jedoch darauf hin***, dass ***das Zentrum mangels eines Rechtsakts, der auf einer spezifischen Rechtsgrundlage im Vertrag beruht, gegenüber den Mitgliedstaaten keine operativen, koordinierenden, methodischen oder entscheidungsbeeinflussenden Funktionen ausüben kann und dass seine Tätigkeiten sich auf die interne Koordinierung und den freiwilligen, unverbindlichen Informationsaustausch beschränken müssen, wobei Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 EUV uneingeschränkt zu beachten sind***;

Or. en

Änderungsantrag 693
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten ***Koordinierung*** der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten ***Harmonisierung*** der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die Beteiligung an dem Zentrum für sämtliche Mitgliedstaaten verbindlich sein sollte, da sie alle von Einmischung betroffen sind***; begrüßt die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 694
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis***; begrüßt die Zusicherung der Kommission***, dass ***sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt***, dass es ***im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen*** kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation***, zur Kenntnis***; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis***, bedauert jedoch, dass die Beteiligung weiterhin freiwillig ist; ist der festen Überzeugung***, dass ***die Beteiligung für alle Mitgliedstaaten verbindlich sein sollte, um sicherzustellen***, dass ***dem Zentrum umfassende Kenntnisse der Bedrohungslage vorliegen und*** es ***eine effiziente und wirksame Rolle bei der Reaktion auf gemeinsame Bedrohungen spielen*** kann; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen; ***ist der Ansicht, dass auch die Zivilgesellschaft in die Einrichtung des Zentrums einbezogen werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 695
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und ***Operationen***, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***begrüßt die Zusicherung der Kommission***, dass ***sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann***; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie ***und des Zentrums*** zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;	5. begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und ***Tätigkeiten***, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***betont***, dass ***das Zentrum statt auf der Schaffung neuer eigenständiger Strukturen in erster Linie auf einer verstärkten Zusammenarbeit, einem intensiveren Informationsaustausch und einer besseren Koordinierung zwischen den bestehenden Organen und Agenturen der EU, den Mitgliedstaaten und anderen einschlägigen und glaubwürdigen Akteuren, die sich für den Schutz demokratischer Werte einsetzen, aufbauen sollte***; begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 696
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag

Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) ***als notwendigen und logischen Schritt hin zu einer verstärkten Koordinierung der Bemühungen, sich entwickelnden gemeinsamen Bedrohungen standzuhalten, insbesondere ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation; nimmt seinen*** Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***begrüßt*** die Zusicherung der Kommission, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; ***begrüßt die Zusage der Kommission, das Parlament regelmäßig über die Umsetzung des*** Europäischen ***Schutzschildes für die Demokratie und des Zentrums zu unterrichten und in diesen Prozess einzubeziehen***;	5. ***nimmt*** den Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz (im Folgenden „Zentrum“) ***mit seinem*** Ansatz einer schrittweisen Einführung von Funktionen und Operationen, einschließlich einer schrittweisen Zunahme der Beteiligung der Mitgliedstaaten, zur Kenntnis; ***nimmt*** die Zusicherung der Kommission ***zur Kenntnis***, dass sie bereits an der Einrichtung des Zentrums unter der Leitung des für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglieds der Kommission arbeitet und ausdrücklich das Ziel verfolgt, dass es im Laufe des Jahres 2026 seine Arbeit aufnehmen kann; ***stellt fest, dass die Idee der Einrichtung einer supranationalen Stelle, die für die demokratische Resilienz zuständig ist, innerhalb der Strukturen der NATO keine Anerkennung gefunden hat; stellt sowohl die Rechtsgrundlage als auch die Notwendigkeit der Einrichtung einer solchen Stelle innerhalb der*** Europäischen ***Union stark infrage***;

Or. en

Änderungsantrag 697
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass die Beteiligung der Mitgliedstaaten an einem

Exzellenzzentrum strikt freiwillig bleiben und auf ihrer ausdrücklichen Zustimmung beruhen muss, wobei die Grundsätze der Subsidiarität und der nationalen Zuständigkeit uneingeschränkt zu achten sind; weist darauf hin, dass im Rahmen der Beteiligung keinerlei Aufsicht, Bewertung oder Kontrolle über die demokratischen Systeme, Wahlprozesse oder Informationsräume der Mitgliedstaaten ausgeübt werden darf; betont, dass ein solches Zentrum als Plattform für die Koordinierung, den Austausch von Fachwissen, technische Hilfe und Unterstützung auf Ersuchen der Mitgliedstaaten dienen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 698
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass verstärkte Maßnahmen auf Unionsebene zum Schutz der Demokratie mit einer starken demokratischen Kontrolle einhergehen müssen; fordert eine regelmäßige Berichterstattung an das Europäische Parlament über die Umsetzung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie, einschließlich dessen haushaltstechnischen, operativen und strategischen Dimensionen;

Or. en

Änderungsantrag 699
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. erinnert daran, dass die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung eine wirksame und enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, dem EAD, der NATO und verschiedenen Partnern, einschließlich der Zivilgesellschaft, erfordert; stellt fest, dass die Kommission im Rahmen der ihr übertragenen Zuständigkeiten in diesem Bereich eine unterstützende Rolle spielen kann;

Or. en

Änderungsantrag 700
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der	***entfällt***

gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 701
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch ***darauf hin***, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren ***Mittelzuweisungen***, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein	6. weist ***auf die Forderung in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (INGE-1-Bericht), nach Einrichtung eines gut ausgestatteten und unabhängigen Zentrums hin, die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2023 zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (ING-2-Bericht), bekräftigt wurde; stellt*** jedoch ***fest***, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, ***einer*** klaren ***Zuweisung spezifischer Haushaltsmittel und Personalressourcen***, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat***, Befugnissen*** und einem Zeitplan mangelt***; betont, dass das Zentrum gut ausgestattet sein sollte, um Einflussnahme aus dem Ausland und hybride Angriffe wirksam zu verfolgen, zu überwachen und zu analysieren sowie***

weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	***Informationen auszutauschen und Reaktionsmaßnahmen zu koordinieren; hebt hervor, dass alle mit dem Zentrum verbundenen Organisationen und Einrichtungen unabhängig sein sollten, insbesondere von großen Technologieunternehmen, und keine Finanzmittel von Einrichtungen erhalten dürfen, die in direktem Widerspruch zu den Zielen des Zentrums stehen***; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 702
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen

Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt; ***unterstreicht, dass der Mehrwert des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz in der Koordinierung und nicht in der Duplizierung liegen sollte; betont, dass die Arbeitsmethoden und die Datennutzung des Zentrums vollständig mit den auf EU- und nationaler Ebene bestehenden Strukturen interoperabel sein müssen; fordert eine verstärkte parlamentarische Kontrolle und eine strukturierte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Journalisten und unabhängigen Faktenprüfern; betont, dass es dringend notwendig ist, die Rechtsgrundlage, das Mandat, die Leitungs- und Entscheidungsstrukturen sowie die nachhaltige Finanzierung des Zentrums weiter zu klären;***
	Or. en

Änderungsantrag 703

Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass ***das Zentrum*** in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ***ausdrücklich mit einer der*** darin ***dargelegten*** Maßnahmen verknüpft ***wird***, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD ***verbleiben***; ***bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit,*** Fragmentierung und ***knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt***;	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie ***noch*** nicht ***ausreichend dargelegt wird, wie die geplante Koordinierung mit den*** darin ***skizzierten*** Maßnahmen verknüpft ***werden soll***, die ***weiterhin*** in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD ***verankert sind***; ***unterstreicht, wie wichtig es ist, die Rolle des Zentrums klar zu definieren, um die Kohärenz zu stärken,*** Fragmentierung ***zu verringern*** und ***die wirksame Nutzung bestehender Instrumente zu verbessern, und warnt davor, dass ohne diese Klarheit der Mehrwert des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie verwässert werden könnte***; ***betont daher, dass die Hauptaufgabe des Zentrums darin bestehen sollte, die strukturierte Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Koordinierung zwischen vorhandenen Akteuren auf EU- und nationaler Ebene zu erleichtern, wobei auf deren Mandaten und Fachwissen aufgebaut werden sollte, anstatt bereits bestehende Funktionen zu duplizieren; betont, dass Zeitpläne dringende Erfordernisse und sich rasch verändernde Gegebenheiten widerspiegeln müssen und dass die Bereitstellung von Ressourcen diesen Erfordernissen realistisch gerecht werden muss;***

Änderungsantrag 704
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; ***betont, dass eine unzureichende Klärung dieser Zuständigkeiten die Zustimmung der Mitgliedstaaten gefährden und die Annahme und wirksame Umsetzung der Maßnahme behindern könnte, während eine Angliederung an Europol, eine anerkannte und bereits vollständig in die Praxis der Mitgliedstaaten integrierte Agentur, eine rasche Übernahme und eine kohärentere Umsetzung begünstigen würde;*** bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Änderungsantrag 705
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***weist*** jedoch ***darauf hin***, dass ***es*** dem Vorschlag ***an ausreichenden operativen Details, klaren*** Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur***, einem konkreten Mandat*** und einem Zeitplan ***mangelt***; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. ***bedauert*** jedoch, dass ***in*** dem Vorschlag ***nicht die ordnungsgemäße Einrichtung eines Zentrums vorgesehen ist, das durch einen Rechtsakt ein klares Mandat und klare Befugnisse erhält, verbunden mit*** Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur und einem Zeitplan. stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt ***werden könnte, es zu Doppelarbeit kommen könnte*** und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt; ***ist daher der festen Überzeugung, dass das Zentrum sowohl als Aggregator und Konsolidator bestehender Maßnahmen auf europäischer Ebene als auch als zusätzliche europäische Ebene zur Unterstützung, Verstärkung und Ergänzung nationaler Maßnahmen***

fungieren sollte;

Or. en

Änderungsantrag 706
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt; ***fordert in diesem Zusammenhang, dass das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz als strukturell eigenständige Einheit konzipiert und umgesetzt wird, die durch stabile und vorhersehbare Finanzmittel unterstützt wird, um eine weitere Fragmentierung zu vermeiden und ein kohärentes und***

rechtzeitiges Handeln in der gesamten Union sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 707
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt; ***betont, dass Zeitpläne dringende Erfordernisse und sich rasch verändernde Gegebenheiten widerspiegeln müssen und dass die Bereitstellung von Ressourcen diesen Erfordernissen realistisch gerecht werden muss; warnt vor unnötiger***

Doppelarbeit oder einer Fragmentierung der Bemühungen;

Or. en

Änderungsantrag 708
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag ***an einer Rechtsgrundlage im Vertrag sowie*** an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt; ***fordert vor diesem Hintergrund, dass dieses Konzept nicht weiter verfolgt wird und dass die Bemühungen stattdessen darauf konzentriert werden, den Kampf gegen ausländische Informationsmanipulation und***

Einmischung innerhalb der bereits bestehenden Stellen zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 709
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***weist jedoch darauf hin***, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; ***bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck***, dass ***die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn*** das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	6. ***ist der Ansicht***, dass es dem Vorschlag ***aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage*** an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie ***daher*** nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; ***stellt fest***, dass das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt ***und daher zu einer Belastung der ohnehin schon knappen Haushaltsmittel beitragen würde***;

Or. en

Änderungsantrag 710
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den*** Europäischen ***Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der*** Kommission ***und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn*** das Zentrum ***nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt***;	6. ***fordert die Kommission auf, die vollständige Liste der potenziellen Begünstigten von Mitteln des*** Europäischen ***Zentrums für demokratische Resilienz öffentlich bekannt zu geben, einschließlich aller nachgewiesenen Verbindungen zu EU-Beamten oder privaten Stiftungen; fordert die Kommission auf, das Parlament in die Überwachung der Tätigkeiten des Zentrums einzubeziehen; fordert die*** Kommission ***auf, dem Parlament innerhalb von drei Monaten einen Vergleichsbericht mit überprüfbaren Daten vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie*** das Zentrum ***dazu beiträgt, echte Lücken in der demokratischen Widerstandsfähigkeit zu schließen, ohne den Umfang der EU-Überwachung der europäischen Bürgerinnen und Bürger unangemessen auszuweiten***;

Or. en

Änderungsantrag 711
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist ***jedoch*** darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden	6. weist darauf hin, dass es dem Vorschlag an ***einer klaren***

operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Rechtsgrundlage, ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD ***ohne angemessene Kontrolle durch die Mitgliedstaaten*** verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt ***werden könnte, es zu unnötiger Doppelarbeit und unnötigem bürokratischen Aufwand kommen könnte*** und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 712
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ***einer klaren Rechtsgrundlage,*** ausreichenden operativen Details, klaren

Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten***, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt***;

Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass ***das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen sein werde, wodurch*** die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt ***werden könnte, es zu unnötiger Doppelarbeit und unnötigem bürokratischem Aufwand kommen könnte*** und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 713
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht

ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt ***werden könnte, es zu Doppelarbeit und institutioneller Unklarheit kommen könnte*** und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 714
Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; stellt fest, dass das Zentrum in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb der Kommission und des EAD verbleiben; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das

gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich ***mangelnder operativer Spezifität,*** geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 715
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; ***stellt fest***, dass das Zentrum ***in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie*** nicht ***ausdrücklich mit einer der darin dargelegten Maßnahmen verknüpft wird, die in unterschiedlichen Verwaltungsrahmen innerhalb*** der Kommission ***und des EAD verbleiben***; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine	6. weist jedoch darauf hin, dass es dem Vorschlag an ausreichenden operativen Details, klaren Mittelzuweisungen, einer spezifischen Verwaltungsstruktur, einem konkreten Mandat und einem Zeitplan mangelt; ***besteht darauf***, dass das Zentrum ***in erster Linie als Koordinierungs- und Wissenszentrum fungieren muss und*** nicht ***zu einer „Überstruktur“ werden darf, in der bereits von*** der Kommission ***wahrgenommene Aufgaben dupliziert werden, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste***; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Fähigkeit der EU, das gesamte Spektrum der derzeit verfügbaren Instrumente effizient zu nutzen, weiter eingeschränkt und die in der gemeinsamen Mitteilung festgestellten Mängel, einschließlich geringerer Reaktionsfähigkeit, Fragmentierung und knapper Haushaltsmittel, verstärkt werden könnten, wenn das Zentrum nur eine

weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;	weitere zentrale Stelle, ein weiteres Netzwerk, eine weitere Plattform oder ein weiterer Rahmen unter vielen bleibt;
	Or. en

Änderungsantrag 716
Pina Picierno

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert, dass das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz als ständige Struktur der Union mit eigener Rechtspersönlichkeit und einem ausdrücklichen operativen Mandat für die Ermittlung, Analyse, Zuweisung und Bekämpfung von Informationsmanipulation, ausländischer Einmischung und hybriden Bedrohungen eingerichtet wird; betont, dass das Zentrum mit stabilem, multidisziplinärem Personal ausgestattet sein muss, darunter Analysten im Bereich ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, Experten auf dem Gebiet der Informationsgewinnung aus frei zugänglichen Quellen sowie Spezialisten für Cybersicherheit und Finanzverfolgung, und dass es über die Befugnis verfügen muss, grenzüberschreitende Taskforces mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu koordinieren; fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass einschlägige Daten in Echtzeit an das Zentrum übermittelt werden; fordert, dass in Fällen schwerwiegender und unmittelbarer Bedrohungen für die Integrität demokratischer Prozesse über das Zentrum schnelle Reaktionsmechanismen aktiviert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 717
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. stellt fest, dass die EU jährlich 80 Mio. EUR – fast 1 Mrd. EUR über ein Jahrzehnt hinweg – für Medienprojekte im Rahmen von der Informationsmaßnahmen zur EU-Kohäsionspolitik (40 Mio. EUR seit 2017), Journalismuspartnerschaften (50 Mio. EUR), die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (27 Mio. EUR) und Partnerschaften mit Nachrichtenagenturen ausgibt, und das oft ohne Offenlegung, wodurch strukturelle Abhängigkeiten entstehen, durch die pro-europäische Narrative, Selbstzensur und die Marginalisierung abweichender Meinungen gestärkt werden, während gleichzeitig behauptet wird, dass der Medienpluralismus gefördert werde; stellt fest, dass diese Verfahren, die auf ausländische Einmischung ausgeweitet wurden (10 Mio. EUR für die Ukraine im Jahr 2025), die Gefahr der Doppelmoral bergen, durch die die Pressefreiheit, die Rechenschaftspflicht und die demokratische Glaubwürdigkeit der Union untergraben werden; fordert die Kommission und den Rat auf, eine unabhängige Prüfung aller EU-Medienfinanzierungsprogramme seit 2017 durchzuführen und dabei die Begünstigten und die erstellten Inhalte vollständig offenzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 718
Saskia Bricmont, Sandro Ruotolo, Krzysztof Brejza, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Lucia Yar, Diana Riba i Giner, Hannah Neumann, Chloé Ridel, Leoluca Orlando

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. weist auf den Bericht des PEGA-Untersuchungsausschusses des Parlaments hin, der Empfehlungen zur Bekämpfung des illegalen Einsatzes von Spähsoftware, insbesondere intrusiver Spähsoftware, enthält; bedauert, dass die Kommission die Empfehlungen bis dato nicht berücksichtigt hat, obwohl die Probleme weiterhin bestehen; weist darauf hin, dass dadurch alle Bürgerinnen und Bürger in der EU, insbesondere Akteure der Zivilgesellschaft, Journalisten, Wissenschaftler und Menschenrechtsverteidiger, aber auch Institutionen einem erheblichen Risiko ausgesetzt sind, vor allem dem Risiko der Einflussnahme aus dem Ausland; schlägt daher vor, dass zumindest das vorgeschlagene EU-Technologielabor zur Bekämpfung intrusiver Spähsoftware als Element zum Schutz der Demokratie und als Antwort auf die wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der Verbreitung von Spähsoftware in das Zentrum integriert wird;

Or. en

Änderungsantrag 719
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. weist auf den Bericht des PEGA-Untersuchungsausschusses des Parlaments hin, der Empfehlungen zur Bekämpfung des illegalen Einsatzes von Spähsoftware, insbesondere intrusiver Spähsoftware, enthält; bedauert, dass die Kommission die Empfehlungen bis heute nicht berücksichtigt hat, obwohl die Probleme weiterhin bestehen; weist darauf hin, dass dadurch alle Bürgerinnen und Bürger in der EU, insbesondere Akteure der Zivilgesellschaft, Journalisten, Wissenschaftler und Menschenrechtsverteidiger, aber auch Institutionen einem erheblichen Risiko ausgesetzt sind, vor allem dem Risiko der Einflussnahme aus dem Ausland; schlägt daher vor, dass zumindest das vorgeschlagene EU-Technologielabor zur Bekämpfung intrusiver Spähsoftware zum Schutz der Demokratie und als Antwort auf die wachsenden Probleme im Zusammenhang mit der Verbreitung von Spähsoftware in das Zentrum integriert wird;

Or. en

Änderungsantrag 720
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer	***entfällt***

Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. en

Änderungsantrag 721
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur

Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; ***betont angesichts dieser detaillierten Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen und Strukturen die Notwendigkeit, den Mehrwert, die operative Relevanz und die ergänzende Rolle des Zentrums eingehend zu bewerten, um jegliche Überschneidungen mit bereits bestehenden Mechanismen, Agenturen und Maßnahmen zu vermeiden, und ist der Ansicht, dass eine Eingliederung der für das Zentrum vorgesehenen Aufgaben in Europol dessen operative Wirksamkeit stärken würde, da Europol institutionelle Anerkennung und das Vertrauen der Mitgliedstaaten genießt, was eine rasche Übernahme und konkrete Umsetzung erleichtern würde; fordert die Kommission und den EAD daher auf, die konkrete Notwendigkeit der Einrichtung und der Inbetriebnahme des Zentrums sowie seine genauen Anknüpfungspunkte an bestehende Strukturen, einschließlich der Option einer funktionalen Eingliederung in Europol, vor seiner vollständigen Umsetzung klar aufzuzeigen;*** fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration ***oder gegebenenfalls die Eingliederung dieser Aufgaben in Europol*** im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die

Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. fr

Änderungsantrag 722
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur

Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die ***Pflege*** und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die ***Entwicklung*** und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation; ***betont, dass es gemeinsamer Open-Source-Methoden und einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen Netzwerken von Akteuren, darunter Forschende auf dem Gebiet der Informationsgewinnung aus frei zugänglichen Quellen, Faktenprüfer, Journalisten, Kommunikationsbeauftragte und politische Entscheidungsträger, bedarf; betont, dass eine solche Integration insbesondere auf der Arbeit und dem Fachwissen bestehender Agenturen und Einrichtungen der EU, darunter Europol, Eurojust, die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA), Frontex und die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL), sowie der zuständigen nationalen Behörden aufbauen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 723
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende

Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration ***einschlägige*** Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration ***den Austausch von Analysen und die Zusammenarbeit mit einschlägigen*** Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste***, einschließlich des Europäischen Gremiums für digitale Dienste,*** umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation; ***fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Integration auch eine Bestandsaufnahme der koordinierten Angriffe auf die Integrität und Unabhängigkeit der Medien in den einzelnen Mitgliedstaaten umfasst, und bestehende Vorschriften sowie bevorstehende Überprüfungen der Rechtsvorschriften zu nutzen, um sicherzustellen, dass qualitativ hochwertiger Journalismus in Zeiten von räuberischem Content Crawling und KI-***

generierten Rezensionen überleben kann;

Or. en

Änderungsantrag 724
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, ***einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise*** Einführung und Integration in das Zentrum ***vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll***; ***fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE***	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben***, die jedoch im aktuellen Kontext unzureichend sind; bedauert, dass die Arbeit des Parlaments in diesem Bereich nicht gewürdigt wird***; fordert die Kommission und den EAD auf, ***die Durchführbarkeit ihrer schrittweisen*** Einführung und Integration in das Zentrum ***zu prüfen***;

und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. en

Änderungsantrag 725
Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben***; betont, dass in dem zu schaffenden Zentrum gemeinsame Verfahren für die strukturierte Erhebung, Aufbewahrung und Analyse von Beweismaterial im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und Desinformation ausgearbeitet werden sollten, um die Durchsetzung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften, insbesondere des Gesetzes über digitale Dienste und des Europäisches Medienfreiheitsgesetzes, zu unterstützen***; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere

Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. en

Änderungsantrag 726
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und

Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation; ***stellt jedoch fest, dass die Kommission und der EAD in Fällen, in denen eine vollständige Integration weder durchführbar noch verhältnismäßig ist, verstärkte Kooperationsmechanismen, einschließlich strukturierter Partnerschaften und operativer Koordinierungsvereinbarungen mit den einschlägigen Agenturen und Einrichtungen der EU, klar benennen und formalisieren sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 727
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation

sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung ***und Integration in das Zentrum*** vorzuschlagen***, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige*** Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste ***umfasst***, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung ***im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate*** vorzuschlagen***; warnt vor einer Integration ohne vertragliche Grundlage, die in der Praxis einer Konsolidierung innerhalb der Kommission gleichkäme, einschließlich einschlägiger*** Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation***, was zur Einrichtung einer der Kommission unterstellten zentralisierten Stelle führen könnte, wodurch deren Zuständigkeiten gefährlich erweitert würden und die gemeinschaftsbasierte Dimension innerhalb des EAD geschwächt würde***;
	Or. en

Änderungsantrag 728
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die ***Pflege*** und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die ***Entwicklung*** und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation; ***betont, dass es gemeinsamer Open-Source-Methoden und einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen Netzwerken von Akteuren, darunter Forschende auf dem Gebiet der Informationsgewinnung aus frei zugänglichen Quellen, Faktenprüfer, Journalisten, Kommunikationsbeauftragte und politische Entscheidungsträger, bedarf;***

Änderungsantrag 729
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission ***und den EAD*** auf, ***einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für***	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission auf, ***der wirksamen Nutzung bestehender Instrumente und dem praktischen Informationsaustausch mit den Mitgliedstaaten Vorrang einzuräumen, anstatt neue Strukturen oder zentralisierte Mechanismen auf EU-Ebene zu schaffen; betont, dass alle weiteren Maßnahmen in diesem Bereich in vollem Einklang mit den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, der nationalen Souveränität und der demokratischen Rechenschaftspflicht erfolgen müssen und nicht zu einer Ausweitung der Zuständigkeiten der EU oder zu Einschränkungen der Grundrechte und Grundfreiheiten führen dürfen***;

Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. en

Änderungsantrag 730
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS) und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der	7. begrüßt, dass die gemeinsame Mitteilung eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Rahmen, Strukturen, Instrumente, Initiativen und Programme zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformation sowie zur Stärkung der Resilienz enthält und darin die Maßnahmen aufgelistet sind, zu deren Umsetzung sich die Kommission und der EAD verpflichtet haben; fordert die Kommission und den EAD auf, einen klaren Zeitplan für ihre schrittweise Einführung und Integration in das Zentrum vorzuschlagen, wobei diese Integration im Jahr 2026 abgeschlossen sein soll; fordert, dass diese Integration einschlägige Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen für das Gesetz über digitale Dienste umfasst, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Minimierung systemischer Risiken, die Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen, die Sicherstellung der operativen Verantwortung für ein verbessertes Schnellwarnsystem (RAS)***, mit dem Informationsmanipulation in Echtzeit bekämpft werden kann,*** und die Pflege und den Betrieb einer einheitlichen Informationsdatenbank zur ausländischen

Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;	Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Entwicklung der Ressource EUvsDisinfo, des ECNE und der Taskforce der Kommission für Desinformation und strategische Kommunikation;

Or. en

Änderungsantrag 731
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. fordert die Kommission auf, die Website und die Datenbank EUvsDisinfo auszubauen, angemessen zu finanzieren und operativ zu stärken, unter anderem durch eine breitere Abdeckung kleinerer Sprachen; betont, wie wichtig eine systematische Überwachung von Desinformationskampagnen ist, die nicht nur von Russland, sondern auch von anderen ausländischen Akteuren, einschließlich China und Iran, sowie von internen Akteuren innerhalb der Union ausgehen, die ähnliche Narrative verbreiten oder verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 732
Sander Smit

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. stellt fest, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen nicht so genutzt werden sollten, dass bestimmte –

wenn auch unpopuläre – Meinungen oder Protesthaltungen gegenüber den politischen Verhältnissen eingeschränkt werden; betont daher, dass Maßnahmen zur Moderation von Inhalten und zur Risikominderung streng verhältnismäßig sein sollten, um sicherzustellen, dass die Bekämpfung ausländischer Einflussnahme nicht zu einem Mittel zur Einschränkung der legitimen öffentlichen und politischen Debatte innerhalb der EU wird;

Or. en

Änderungsantrag 733
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. warnt davor, dass es der Schaffung einer faktischen EU-Einrichtung mit Ermessensspielraum gleichkäme, wenn dem Zentrum Aufgaben wie Bedrohungsvorhersage, Einrichtung von Frühwarnsystemen, Aufstellung von Krisenprotokollen, Entwicklung gemeinsamer Methoden oder Unterstützung der operativen Zusammenarbeit übertragen würden, und weist darauf hin, dass dies Artikel 292 AEUV, Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 EUV sowie der Rechtsprechung in den Rechtssachen Meroni und ESMA zuwiderlaufen würde;

Or. en

Änderungsantrag 734
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. betont, dass das Ziel des Zentrums nicht darauf beschränkt sein sollte, lediglich als Bindeglied oder Netzwerkknotenpunkt zwischen bestehenden Initiativen zu fungieren, sondern dass es eine klare operative und strategische Rolle mit der Fähigkeit zur Koordinierung, Beratung und konkreten Unterstützung auf Unionsebene übernehmen sollte, um so einen Mehrwert über die bestehenden Strukturen hinaus zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 735
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 7 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7b. fordert die Kommission auf, ausdrücklich zu klären, welche der in der Gemeinsamen Mitteilung beschriebenen Aufgaben ohne eine ordnungsgemäße Rechtsgrundlage nicht wahrgenommen werden können, und die Darstellung des Zentrums entsprechend zu überarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 736
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 7 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7c. fordert, dass alle im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie eingerichteten Koordinierungsmechanismen klaren Governance-Regeln, Ex-ante-Mandaten, Berichtspflichten gegenüber dem Parlament und einer wirksamen gerichtlichen Überprüfung unterliegen, um die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und des institutionellen Gleichgewichts sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 737
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 7 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7 d. betont, dass dem Zentrum keine Aufgaben übertragen werden dürfen, die die Beurteilung der Wahrhaftigkeit, Legitimität oder politischen Akzeptanz von Darstellungen, Standpunkten oder Meinungen beinhalten; unterstreicht, dass die Rolle des Zentrums streng auf die Ermittlung von Mustern ausländischer Manipulation, von Indikatoren für technische Einflussnahme und von Koordinierungsstrukturen – ohne Beurteilung der Inhalte – beschränkt bleiben muss;

Or. en

Änderungsantrag 738
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag

Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 739
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren	***entfällt***

parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;

Or. en

Änderungsantrag 740
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie ***bis zum*** ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie ***vor dem*** ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann; ***betont, dass das Zentrum auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen, auch mit den lokalen Behörden, sinnvoll zusammenarbeiten sollte, um die Effektivität und demokratische Legitimität des Zentrums sowie die Wirkung auf lokaler Ebene sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 741
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; ***weist darauf hin, dass die Rechtsgrundlage solide sein und einen festen Bezug zum Vertrag aufweisen sowie strikt im Rahmen der Zuständigkeiten der EU liegen sollte;*** betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;

Or. en

Änderungsantrag 742
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die

Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann; ***ist jedoch besorgt darüber, dass die vorgesehene Beteiligung von Sachverständigen der Mitgliedstaaten bislang nur freiwillig ist;***

Or. en

Änderungsantrag 743
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als ***EU-Einrichtung*** mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als ***Exzellenzzentrum*** mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und

gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann; ***stellt fest, dass das Exzellenzzentrum in jedem Mitgliedstaat über eine Kontaktstelle verfügen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 744
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten***,*** ***und*** fordert die Kommission auf, ***den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann***;	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten***;*** fordert die Kommission auf, ***dafür zu sorgen, dass jede Zusammenarbeit in diesem Bereich in Form einer freiwilligen Koordinierungsstelle für die Mitgliedstaaten erfolgt, deren Ziel es ist, den Austausch einschlägiger Informationen, bewährter Verfahren und Lageerkenntnisse zu ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, Desinformation und Resilienz zu erleichtern;***;

Or. en

Änderungsantrag 745
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, ***den Prozess einzuleiten, indem sie bis zum ersten Quartal 2027 eine Rechtsgrundlage für die*** Einrichtung des Zentrums als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen vorschlägt; betont, dass institutionelle Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;	8. begrüßt, dass die Kommission die Notwendigkeit anerkannt hat, mit den Mitgliedstaaten und dem Parlament über das Mandat, die Struktur und die Arbeitsmethoden des Zentrums zu beraten, und fordert die Kommission auf, ***rasch einen Rechtsakt zur*** Einrichtung des Zentrums ***vorzuschlagen, möglicherweise*** als EU-Einrichtung mit einer klaren institutionellen Satzung und einer klaren Positionierung, einer klaren Verwaltungsstruktur und klaren parlamentarischen Kontrollmechanismen; betont, dass institutionelle ***und rechtliche*** Klarheit unerlässlich ist, damit das Zentrum entschlossen handeln und gleichzeitig rechenschaftspflichtig bleiben kann;

Or. en

Änderungsantrag 746
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. stellt fest, dass feindselige Staaten Medien, Websites und Online-Plattformen finanzieren oder anderweitig kontrollieren, um demokratische Institutionen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU zu untergraben; weist darauf hin, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten bereits über beträchtliche Kapazitäten zur Aufdeckung und Dokumentation solcher Aktivitäten verfügen, darunter die StratCom-Taskforces des EAD und EUvsDisinfo, nationale Behörden und Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowie

	unabhängige Initiativen, bedauert jedoch, dass die jeweiligen Erkenntnisse nicht systematisch in Maßnahmen auf EU-Ebene umgesetzt werden; fordert die Kommission und den EAD daher auf, im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie einen strukturierten Mechanismus zur Erstellung und regelmäßigen Aktualisierung einer evidenzbasierten Kartierung oder Liste solcher Plattformen einzurichten, um im Einklang mit dem Unionsrecht und den Grundrechten verhältnismäßige Reaktionen zu ermöglichen, die von Transparenz- und öffentlichen Warnmechanismen bis hin zu restriktiven Maßnahmen, Sanktionen oder Zugangsbeschränkungen reichen;

Or. en

Änderungsantrag 747
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. besteht auf einer soliden parlamentarischen Kontrolle des Zentrums, einschließlich einer regelmäßigen Berichterstattung über die Auswirkungen seiner Tätigkeiten auf die Grundrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit und die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, sowie den Grundsatz des Pluralismus;

Or. en

Änderungsantrag 748
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. bedauert, dass die Arbeitsweise des Zentrums in erster Linie auf der freiwilligen Beteiligung der Mitgliedstaaten beruhen soll, was zu Fragmentierung, einem uneinheitlichen Engagement und einer verminderten operativen Wirksamkeit führen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 749
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. weist darauf hin, dass bei Vorschlägen zur Überarbeitung oder Ausweitung der Mandate von Agenturen der Union im Zusammenhang mit der Bekämpfung ausländischer Einmischung die Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit strikt eingehalten werden müssen; warnt vor der schrittweisen Umwandlung von Koordinierungsstellen in operative Behörden mit indirektem Einfluss auf das Medienumfeld, den politischen Diskurs oder nationale demokratische Prozesse; betont, dass solche Änderungen auf einer klaren Rechtsgrundlage im Vertrag beruhen und weiterhin einer umfassenden parlamentarischen Kontrolle unterliegen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 750
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 751
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von	***entfällt***

Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;

Or. en

Änderungsantrag 752
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***fordert*** die Kommission ***auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und*** Entscheidungsmechanismen ***auszustatten, damit es*** als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen ***fungieren kann***;	9. ***ist der Ansicht, dass*** die Kommission ***nicht befugt ist, ein solches Zentrum einzurichten; ist der Auffassung, dass die*** Entscheidungsmechanismen ***in diesem Bereich in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen; weist auf die Existenz einschlägiger Stellen sowohl innerhalb des EAD als auch des Europäischen Kompetenzzentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen hin, das 2017 von den ersten neun teilnehmenden Staaten, der NATO und der Europäischen Union gegründet wurde und*** als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in

der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen ***fungiert***; ***besteht darauf, dass solche Stellen keine verbindlichen Rechtsakte, Stellungnahmen oder Bewertungen erlassen sollten, die Auswirkungen auf nationale Informationsräume oder die öffentliche Debatte haben; besteht ferner darauf, dass die Entscheidungsmechanismen des Zentrums auf interne Koordinierungs- und Unterstützungsfunktionen beschränkt sind;***

Or. en

Änderungsantrag 753
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung ***und*** Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat***, Untersuchungsbefugnissen*** und Entscheidungsmechanismen ***sowie Handlungskompetenzen*** auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung***,*** Analyse ***und Bekämpfung*** von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen

fungieren kann; ***fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Untersuchungen und Analysen des Zentrums unmittelbar in die Durchsetzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste, der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, der Verordnung über künstliche Intelligenz und anderen einschlägigen Rechtsvorschriften einfließen, und die Koordinatoren für digitale Dienste in den Mitgliedstaaten regelmäßig zu unterrichten; betont, dass das Thema transnationale Repression in das Mandat des Zentrums aufgenommen werden sollte bzw. dass ein ähnliches Zentrum mit einem spezifischen Mandat für die transnationale Repression eingerichtet werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 754
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen ***und für die Erleichterung operativer Folgemaßnahmen durch die zuständigen EU- und nationalen Behörden***, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als

Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann; ***unterstreicht die Bedeutung des Forums der Interessenträger des Zentrums für demokratische Resilienz als Ort der aktiven Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern aus verschiedenen Sektoren; besteht darauf, dass das Zentrum auch Möglichkeiten für Kontakte und das Lernen zwischen Regierungen und verschiedenen Interessenträgern über Grenzen hinweg bieten muss;***

Or. en

Änderungsantrag 755
Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen

fungieren kann;	fungieren kann; ***weist darauf hin, dass die Plattform ziviler und nicht regulierender Natur sein sollte – ohne Sanktionsbefugnisse und automatisierte Entscheidungsfindung – und in voller Übereinstimmung mit den Grundrechten, einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Datenschutz-Grundverordnung, arbeiten sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 756
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	9. ***betont, dass das Zentrum in der Lage sein muss, in Krisensituationen, insbesondere im Vorfeld von und während Wahlen, rasch zu handeln, um die Lageerfassung in wirksame Maßnahmen umzusetzen;*** fordert die Kommission ***daher*** auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;

Or. en

Änderungsantrag 757
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann; ***betont, dass der Auftrag des Zentrums nicht auf Bedrohungen von außen beschränkt sein sollte, sondern auch koordinierte interne Manipulationskampagnen und systemische interne Risiken umfassen sollte, die sich auf das Informationsumfeld der Union auswirken;***

Or. en

Änderungsantrag 758
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann; ***stellt fest, dass sich die Einmischungstaktiken böswilliger Akteure im Laufe der Zeit parallel zum technologischen Fortschritt weiterentwickeln werden und dass das Mandat des Zentrums Flexibilität ermöglichen sollte, um neuen Herausforderungen begegnen zu können;***

Or. en

Änderungsantrag 759
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum ***mit einem klaren*** Mandat ***und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von***	9. fordert die Kommission auf, ***dafür zu sorgen, dass*** das Zentrum ***über ein klar definiertes und begrenztes*** Mandat ***verfügt, das sich auf den Informationsaustausch, die analytische Unterstützung und die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten konzentriert, ohne dass***

Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	***operative Koordinierungsfunktionen, Echtzeit-Interventionsaufgaben oder Ermessensbefugnisse in Bezug auf nationale Reaktionen oder Kommunikationsumgebungen ausgeübt werden***;

Or. en

Änderungsantrag 760
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann;	9. fordert die Kommission auf, das Zentrum mit einem klaren Mandat und Entscheidungsmechanismen auszustatten, damit es als unabhängiges Exzellenzzentrum für die Aufdeckung und Analyse von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und von Desinformationsoperationen, als Plattform für den Kapazitätsaufbau zur Festlegung gemeinsamer Definitionen, Standards, Schulungen und technischer Instrumente in der gesamten EU und als operatives Rückgrat für die Echtzeitkoordinierung der technischen Unterstützung bei der Bekämpfung aktiver Informationsmanipulationskampagnen fungieren kann***, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und den zuständigen EU-Stellen***;

Or. en

Änderungsantrag 761
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. ist der Ansicht, dass das Zentrum in eine dezentrale und unabhängige Agentur der EU für Digitales integriert werden kann, um sicherzustellen, dass alle Fachkenntnisse in Bezug auf Desinformation, Einflussnahme aus dem Ausland und ausländische Informationsmanipulation und Einmischung an einem Ort gebündelt werden, anstatt über die gesamte Union verstreut zu sein; ist der Ansicht, dass dies der wirksamste Weg ist, um eine Fragmentierung von Wissen und Ressourcen sowie politische Einflussnahme zu vermeiden und die Kosteneffizienz bei der Durchsetzung der europäischen Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu gewährleisten; betont, dass durch die Einrichtung einer einzigen Agentur anstelle vieler verschiedener Behörden in den Mitgliedstaaten die Einhaltung der Vorschriften für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), verbessert und erleichtert werden kann; fordert die Kommission daher auf, dringend einen Vorschlag zur Harmonisierung der Durchsetzungs- und Kooperationsmechanismen des Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik in Form einer EU-Agentur für Digitales vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 762

Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. begrüßt grundsätzlich das Konzept einer Plattform für Interessenträger; stellt jedoch fest, dass ihr Zweck, ihre Struktur und ihr Mehrwert nach wie vor nicht hinreichend definiert sind; betont, dass derzeit unklar ist, inwieweit sich diese Plattform von bestehenden Netzwerken und Initiativen unterscheiden, diese ergänzen oder auf ihnen aufbauen würde und wie die Beiträge der Interessenträger konkret in die Entscheidungsprozesse und operativen Tätigkeiten des Zentrums einfließen würden;

Or. en

Änderungsantrag 763
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. betont jedoch, dass die Aufgabe des Zentrums nicht auf die Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung beschränkt sein sollte, da es eine breitere Palette struktureller und gesellschaftlicher Herausforderungen gibt, die es im Hinblick auf die demokratische Resilienz zu bewältigen gilt; fordert, dass das Zentrum als ganzheitliche und multidisziplinäre Initiative konzipiert wird, in deren Rahmen Bedrohungen wie der Rückzug der Demokratie, das schwindende Vertrauen in die

Institutionen und die Aushöhlung der Bürgerbeteiligung angegangen werden;

Or. en

Änderungsantrag 764
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 765
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 766
Sandro Ruotolo

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation	10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation

erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;

erschöpft; ***stellt fest, dass koordinierte Informationsmanipulationskampagnen häufig auf den Informationsraum der Union als Ganzes abzielen, was spezielle operative Kapazitäten auf EU-Ebene zum Schutz demokratischer Prozesse über rein nationale Kontexte hinaus rechtfertigt;*** fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;

Or. en

Änderungsantrag 767
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz	10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;

der demokratischen Interessen der EU;	***betont, dass in Fällen, in denen durch Tätigkeiten das EU-Recht oder demokratische Prozesse untergraben werden, über die Koordinierungsfunktion des Zentrums eine direkte Verbindung zu Stellen gewährleistet werden sollte, die für die Einleitung von Ermittlungen und Gerichtsverfahren zuständig sind;***

Or. en

Änderungsantrag 768
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;	10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU; ***stellt fest, dass die anstehenden Überarbeitungen des Mandats von Europol, Eurojust, der EUStA, von Frontex und der CEPOL im Jahr 2027 eine Gelegenheit bieten, die operative Dimension des Europäischen***

Schutzschilds für die Demokratie zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 769
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Eszter Lakos, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;	10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU; ***stellt fest, dass das Zentrum nicht auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners arbeiten darf, sondern vielmehr eine Koalition der Willigen bilden muss, die ein schnelles und wirksames Handeln ermöglicht;***

Or. en

Änderungsantrag 770

Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen***, dass ***das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität*** demokratischer Prozesse ***auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige*** Verantwortung ***nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten*** der Mitgliedstaaten ***in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU***;	10. ***weist darauf hin***, dass ***der Schutz*** demokratischer Prozesse***, einschließlich Wahlsystemen und politischen Kommunikationsumfeldern, in erster Linie in der*** Verantwortung der Mitgliedstaaten ***liegt; betont, dass sich alle Maßnahmen auf Unionsebene strikt auf die Ermittlung und Analyse von Informationsmanipulation und Einmischung aus dem Ausland beschränken müssen, wobei Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 5 EUV uneingeschränkt zu achten sind und jegliche Rolle bei der Steuerung oder Überwachung des innenpolitischen Diskurses zu vermeiden ist***;

Or. en

Änderungsantrag 771
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, ***sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit*** der Aufgabe ***betraut wird***, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten ***eine*** erste Verteidigungslinie darstellen; betont	10. fordert die Kommission auf, ***im Einklang mit den Grundsätzen der begrenzten Einzelermächtigung, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit die Grenzen ihrer Befugnisse hinsichtlich*** der Aufgabe, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu wahren***, strikt***

jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; ***fordert, dass die Kommission klarstellt, dass das Zentrum zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz der demokratischen Interessen der EU;***

zu beachten; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten ***die*** erste ***und die wichtigste*** Verteidigungslinie darstellen; betont, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft;

Or. en

Änderungsantrag 772
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu ***wahren***; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation erschöpft; fordert***, dass*** die Kommission ***klarstellt***, dass das Zentrum ***zwei sich gegenseitig verstärkende Ziele verfolgen muss, nämlich die Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich und die Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten sowie den Schutz***	10. fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass das Zentrum mit der Aufgabe betraut wird, die Integrität demokratischer Prozesse auf EU-Ebene zu ***koordinieren und zu schützen***; bekräftigt, dass die operativen Strukturen der Mitgliedstaaten eine erste Verteidigungslinie darstellen; betont jedoch, dass ihre vorrangige Verantwortung nicht die legitimen Interessen der EU im Hinblick auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation ***und die Gewährleistung der Integrität von Wahlen*** erschöpft; fordert die Kommission ***zudem auf, dafür zu sorgen***, dass ***die Koordinierung durch*** das Zentrum ***auch die bestehenden Bemühungen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft im Rahmen der vorgeschlagenen Plattform***

der demokratischen Interessen der EU;	***der Interessenträger umfasst***;

Or. en

Änderungsantrag 773
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 774
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von	***entfällt***

Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;

Or. en

Änderungsantrag 775
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;	11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen; ***betont, dass in Fällen, in denen systemische Mängel oder wiederkehrende Schwachstellen festgestellt werden, einschlägige Erkenntnisse und Entwicklungen in strukturierter und verhältnismäßiger Weise im jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit gebührend berücksichtigt werden sollten, gegebenenfalls einschließlich spezieller Unterabschnitte zu den Themen Desinformation und Medienintegrität im Rahmen der Säule „Medienpluralismus und Medienfreiheit“ sowie Integrität von Wahlen und Schutzmaßnahmen gegen ungebührliche Einflussnahme im Rahmen der Säule „Kontrollen und Gegenkontrollen“, um Kohärenz und Transparenz sowie die frühzeitige Erkennung grenzüberschreitender Risiken für die demokratische Resilienz sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 776
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;	11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan ***und eine Bewertung*** für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen; ***weist darauf hin, dass Präventivmaßnahmen, einschließlich Forschung, Analyse und Zusammenarbeit mit Hochschulen, unabhängigen Sachverständigen, Denkfabriken und der Zivilgesellschaft, operative Maßnahmen und Durchsetzungsmaßnahmen ergänzen und nicht ersetzen sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 777
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur	11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, mit Unterstützung des Zentrums spezielle nationale Einrichtungen zur

Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;	Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, einen Fahrplan ***und eine Bewertung*** für den Aufbau von Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten zu erstellen;

Or. en

Änderungsantrag 778
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, ***mit Unterstützung des Zentrums spezielle*** nationale ***Einrichtungen*** zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, ***einen Fahrplan für den Aufbau von Fähigkeiten in den*** Mitgliedstaaten zu ***erstellen***;	11. fordert die Mitgliedstaaten auf, die über keine speziellen operativen Strukturen verfügen, nationale ***Kapazitäten*** zur Aufdeckung und Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung einzurichten oder erheblich zu stärken; fordert die Kommission auf, ***die*** Mitgliedstaaten ***auf Anfrage durch technische Hilfe, Informationsaustausch und bewährte Verfahren*** zu ***unterstützen***;

Or. en

Änderungsantrag 779
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur	***entfällt***

Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;

Or. en

Änderungsantrag 780
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger,	***entfällt***

Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;

Or. en

Änderungsantrag 781
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats	***entfällt***

auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;

Or. en

Änderungsantrag 782
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung ***und Vergabe*** von zweckgebundenen ***EU-Finanzhilfen*** im Rahmen einschlägiger EU-Programme***, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte*** in Bereichen seines Mandats ***auszuwählen, zu überwachen und*** zu bewerten***, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die***	12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung von zweckgebundenen ***EU-Mitteln*** im Rahmen einschlägiger EU-Programme in Bereichen seines Mandats zu bewerten;

der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;

Or. en

Änderungsantrag 783
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;	12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind; ***fordert die Kommission auf, eine Programmplanung zu***

vermeiden, die zu einer Zerstreuung und Fragmentierung der Bemühungen führt oder kleine Initiativen hervorbringt, die befristet und nicht nachhaltig sind, und vielmehr den Schwerpunkt auf koordinierte, strategisch skalierbare Maßnahmen zu legen, die eine nachhaltige Wirkung für Akteure aus der Zivilgesellschaft, dem Medienbereich und KMU entfalten;

Or. en

Änderungsantrag 784
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Sander Smit, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der	12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der

demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;	demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind; ***fordert die Kommission auf, eine Programmplanung zu vermeiden, die zu einer Zerstreuung und Fragmentierung der Bemühungen führt oder kleine Initiativen hervorbringt, die befristet und nicht nachhaltig sind, und vielmehr den Schwerpunkt auf koordinierte, strategisch skalierbare Maßnahmen zu legen, die eine nachhaltige Wirkung für Akteure aus der Zivilgesellschaft, dem Medienbereich und KMU entfalten;***
	Or. en

Änderungsantrag 785
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und	12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen ***des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens und*** einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) ***unter Mobilisierung der verbleibenden Margen und Verfügbarkeiten*** und das ***im Rahmen des nächsten MFR*** vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu

grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;	überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;
	Or. en

Änderungsantrag 786
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die ***Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur*** Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, ***zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen,*** Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen ***und*** Projekte ***in Bereichen seines Mandats*** auszuwählen, zu überwachen ***und*** zu bewerten***, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der***	12. fordert die Kommission auf, ***dafür zu sorgen, dass*** die Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, ***bei bewährten bestehenden Stellen und Verfahren verbleiben; betont, dass keine neue EU-Struktur, einschließlich des Zentrums, befugt sein sollte,*** Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen ***oder*** Projekte auszuwählen, zu überwachen ***oder*** zu bewerten***; fordert verstärkte Transparenz-, Prüfungs- und Rechenschaftspflichten hinsichtlich der Vergabe solcher Mittel***;

demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind;

Or. en

Änderungsantrag 787
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen***, die der Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, der Stärkung der demokratischen Resilienz und der Förderung der Informationsintegrität gewidmet sind***;	12. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer Befugnisübertragung an das Zentrum zur Verwaltung und Vergabe von zweckgebundenen EU-Finanzhilfen im Rahmen einschlägiger EU-Programme, ***die sich auf die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, die Stärkung der demokratischen Resilienz und die Förderung der Informationsintegrität beziehen,*** darunter das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, Horizont Europa, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und das vorgeschlagene Programm „AgoraEU“, zu prüfen und das Zentrum zu ermächtigen, Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu veröffentlichen und Projekte in Bereichen seines Mandats auszuwählen, zu überwachen und zu bewerten, insbesondere im Bereich der EDMO, der Initiativen zur Medienkompetenz und anderer einschlägiger europäischer, regionaler und grenzüberschreitender Initiativen;

Or. en

Änderungsantrag 788
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die Kommission und die anderen Organe auf, Fälle von Stipendien und ähnlichen Formen der finanziellen Unterstützung, die Bürgerinnen und Bürgern von EU-Mitgliedstaaten mit dem ausdrücklichen Ziel der Förderung regierungsfeindlicher Aktivitäten gewährt werden, offenzulegen und diesbezüglich dauerhafte Transparenzmechanismen einzurichten; betont, dass die externe Finanzierung von Aktivitäten, die offen gegen die Politik demokratisch gewählter Behörden gerichtet sind, die ein klares öffentliches Mandat zur Durchführung von Reformen erhalten haben, durch Mitgliedstaaten, EU-Organe oder externe Akteure einen inakzeptablen Angriff auf die Demokratie darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 789
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die Kommission im Zusammenhang mit der Einrichtung des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und den einschlägigen regulatorischen Koordinierungsstrukturen der EU eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Durchsetzungs- und Resilienzkapazitäten im Bereich der Informationsintegrität

vorzunehmen, einschließlich der Personalausstattung, der technischen Fähigkeiten und des Schulungsbedarfs der Koordinatoren für digitale Dienste und der nationalen Medienaufsichtsbehörden, um Lücken zu ermitteln, den Austausch bewährter Verfahren zu fördern und den gezielten Kapazitätsaufbau in Mitgliedstaaten mit strukturellen Defiziten zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 790
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die Kommission auf, die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien erheblich zu stärken und mit angemessenen Mitteln auszustatten, unter anderem durch die Erweiterung ihres derzeitigen Netzwerks von Zentren durch die Einrichtung länderspezifischer Zentren in allen Mitgliedstaaten, um besser auf lokale Dynamiken im Bereich der Desinformation reagieren zu können und gezieltere und wirksamere Maßnahmen zu gewährleisten; betont, dass die Arbeit der Beobachtungsstelle auf dem Gebiet der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz weiter gestärkt werden muss, indem die Bildungs- und Schulungsprogramme für Bürgerinnen und Bürger, Journalisten, Faktenprüfer und Pädagogen ausgeweitet werden;

Or. en

Änderungsantrag 791

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. unterstreicht die Bedeutung des Forums der Interessenträger des Zentrums für demokratische Resilienz als Ort der aktiven Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern aus verschiedenen Sektoren; besteht darauf, dass das Zentrum auch Möglichkeiten für Kontakte und das Lernen zwischen Regierungen und verschiedenen Interessenträgern über Grenzen hinweg bieten muss;

Or. en

Änderungsantrag 792
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 793
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 794
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 795
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen; ***weist erneut darauf hin, dass das integrierte Zentrum, in dem die fragmentierten Instrumente und Institutionen der EU vereint werden, erhebliche Befugnisse erhalten wird und daher einer kontinuierlichen demokratischen Kontrolle durch das Parlament unterliegen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 796
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer	13. fordert die Kommission auf, ***ausreichende und vorhersehbare Mittel für das Zentrum und seine Tätigkeiten, einschließlich ausreichender personeller***

Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	***und finanzieller Ressourcen im Rahmen des nächsten MFR, sowie*** eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission ***ferner*** auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 797
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen;	13. fordert die Kommission auf, eine eigene EU-Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums mit einer klaren Trennung zwischen operativer Finanzierung und allgemeinen Koordinierungskosten bereitzustellen; fordert die Kommission auf, ausreichende personelle Ressourcen sicherzustellen und die Finanzierung aus den bestehenden Haushalten zu überbrücken, um die vorbereitenden Arbeiten vor dem MFR 2028-2034 zu ermöglichen***, ohne finanzielle oder personelle Ressourcen von anderen laufenden Programmen und Initiativen abzuziehen***;

Or. en

Änderungsantrag 798
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 799
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 800
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 801
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines

Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen ***sehr großer Online-Plattformen*** zu prüfen***; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren***;

Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen ***der Akteure, die das größte Risiko für die demokratische Integrität darstellen und gleichzeitig den größten Nutzen aus ihren Handlungen ziehen,*** zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 802
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der

Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um ***negativen*** externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken***, die demokratische Grundsätze untergraben***, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren; ***fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob ein Mechanismus für einen obligatorischen finanziellen Beitrag für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen, der in einem angemessenen Verhältnis zu ihren systemischen Risiken und ihren in der Union erzielten Einnahmen steht, eingerichtet werden könnte, um den Schutz demokratischer Prozesse, die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie die Stärkung der Cyberresilienz zu unterstützen;***
	Or. en

Änderungsantrag 803
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen ***und großer Medienkonzerne*** zu prüfen***; betont, dass ein solcher Mechanismus mit den strengstmöglichen Garantien für Unabhängigkeit und der vollständigen Vermeidung von Interessenkonflikten einhergehen muss, um sicherzustellen, dass private Finanzmittel keinen Einfluss auf die strategischen Prioritäten oder operativen Entscheidungen des Zentrums haben***; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Änderungsantrag 804
Jaroslav Bžoch

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für ***die Tätigkeiten des Zentrums*** auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für ***den Betrieb, zu denen die Bekämpfung von Desinformation und ausländischer Einflussnahme gehören sollte,*** auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; ***betont, dass mit solchen Beiträgen auch technologische Innovationen unterstützt werden sollten, unter anderem durch die Finanzierung von Forschung und Entwicklung sowie der Einführung einschlägiger technologischer Instrumente und Lösungen aus dem Haushalt der Union;*** betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden,

dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Or. en

Änderungsantrag 805
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen***; kündigt seine Absicht an, die Parameter, Governance-Optionen und Schutzvorkehrungen eines solchen Mechanismus in einem bevorstehenden Initiativbericht weiterzuentwickeln, um politische Leitlinien bereitzustellen und eine fundierte interinstitutionelle Debatte zu fördern***; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und

von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;
	Or. en

Änderungsantrag 806
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen***, die anhand ihrer Gewinne berechnet werden,*** zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang

Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Or. en

Änderungsantrag 807
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen***, die anteilsmäßig nach ihrem Gewinn berechnet werden,*** zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und

den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Or. en

Änderungsantrag 808
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den ***Social-Media-Plattformen*** proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die Tätigkeiten des Zentrums auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den ***Online-Plattformen und Online-Werbenetze*** proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses

von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;

Or. en

Änderungsantrag 809
Fabrice Leggeri, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur ***Ergänzung der speziellen Haushaltslinie für die*** Tätigkeiten ***des Zentrums*** auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen Informationsökosystem profitieren;	14. fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit der Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus zur ***Unterstützung der*** Tätigkeiten ***der Mitgliedstaaten gegen Desinformation und ausländische Einflussnahme*** auf der Grundlage von Beiträgen sehr großer Online-Plattformen zu prüfen; weist darauf hin, dass der Bankensektor Mechanismen für die Abwicklung von Banken finanziert, Pharmaunternehmen die Sicherheitsüberwachung unterstützen und umweltschädliche Industriezweige Umweltkosten tragen; fordert einen Mechanismus, durch den Social-Media-Plattformen proportional zu der Infrastruktur beitragen, die erforderlich ist, um negativen externen Einflüssen und systemischen Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten entgegenzuwirken, sowohl in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung und auf Desinformation als auch auf den Aufbau von Resilienz; betont, dass solche Beiträge nicht nur im Einklang mit den etablierten europäischen Grundsätzen der Verantwortung und Rechenschaftspflicht stehen, sondern auch sicherstellen würden, dass die Kosten für den Schutz des demokratischen Diskurses von denjenigen getragen werden, die am meisten vom digitalen

Informationsökosystem profitieren;

Or. en

Änderungsantrag 810
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Mängel bei der demokratischen Resilienz der EU-Organe

Or. en

Änderungsantrag 811
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. verurteilt aufs Schärfste jeglichen Missbrauch von Unionsmitteln und jede Form von intransparenter oder unverhältnismäßiger Einflussnahme von Nichtregierungsorganisationen auf Gesetzgebungsverfahren; äußert ernsthafte Besorgnis über die Vorwürfe, die in der öffentlichen Debatte weithin als „Greengate"-Affäre bezeichnet werden, und fordert vollständige Transparenz, Rechenschaftspflicht und unabhängige Untersuchungen hinsichtlich der Zuweisung und Verwendung von Unionsmitteln; fordert die Kommission auf, die politischen Verantwortlichkeiten hochrangiger Beamter, einschließlich des ehemaligen Exekutiv-Vizepräsidenten Frans Timmermans, in Bezug auf die Finanzierungsstrukturen und die politische Koordinierung zu klären;

betont, dass jede institutionelle Vereinnahmung, jeder Missbrauch öffentlicher Mittel oder jede indirekte ausländische oder ideologische Einmischung mit demokratischen Grundsätzen und der Rechtsstaatlichkeit unvereinbar ist;

Or. en

Änderungsantrag 812
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. verurteilt die durch den „Qatargate"-Korruptionsskandal offengelegten systemischen Versäumnisse, wobei laufenden gerichtlichen Ermittlungen und weit verbreiteten Medienergebnissen zufolge ein Drittland mutmaßlich in der Lage war, das Parlament über Mittelsmänner, finanzielle Anreize und verdeckte Netzwerke zu infiltrieren, auch unter Mitwirkung von Mitgliedern des Parlaments wie Eva Kaili und Marc Tarabella, wodurch auch hochrangige Beamter wie Henrik Hololei verstärkt in den Blick geraten sind; betont, dass diese Entwicklungen gravierende strukturelle Schwächen in den Bereichen interne Integrität, Ethik und Sicherheit der Union offenbaren; fordert eine umfassende Reform des EU-Systems zur Korruptionsbekämpfung, um ausländische Einflussnahme innerhalb der EU-Organe zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 813

Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14c. äußert ernsthafte Besorgnis über die dokumentierten Treffen und Kontakte zwischen hochrangigen EU-Beamten und Personen, die in enger Verbindung zu dem mit Sanktionen belegten russischen Oligarchen Oleg Deripaska stehen, der wiederum enge Verbindungen zu Putin unterhält, und an denen der ehemalige Justizkommissar Didier Reynders beteiligt war; prangert die Mängel in Bezug auf Transparenz, ethische Aufsicht und institutionelles Risikobewusstsein an, die Möglichkeiten für feindselige Einflussnahme aus dem Ausland eröffnen können; fordert strengere Antikorruptionsvorschriften, die obligatorische Offenlegung hochrangiger Treffen und verstärkte unabhängige Aufsichtsmechanismen innerhalb der EU-Organe, die bedauerlicherweise nicht unter den derzeitigen Rechtsrahmen der EU zur Korruptionsbekämpfung fallen;

Or. en

Änderungsantrag 814
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14d. verurteilt aufs Schärfste das Phänomen des sogenannten „Drehtüreffekts“, bei dem hochrangige politische Entscheidungsträger aus den Mitgliedstaaten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt hochrangige Positionen in staatlich kontrollierten Unternehmen

feindseliger Drittländer bekleiden, insbesondere im russischen Energiesektor, wie das Beispiel des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und Gazprom zeigt; ist der Ansicht, dass dadurch die Sicherheit der Union erheblich untergraben, das Vertrauen der Öffentlichkeit geschwächt und die EU ausländischer Einflussnahme ausgesetzt wird; fordert verbindliche und durchsetzbare Karenzfristen und strengere Beschränkungen nach Ablauf des Mandats sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene;

Or. en

Änderungsantrag 815
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14e. fordert die Kommission erneut auf, den Aufforderungen des Parlaments nachzukommen, in den jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit ein spezielles Kapitel aufzunehmen, in dem die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Organen selbst bewertet wird;

Or. en

Änderungsantrag 816
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

14f. fordert die EU-Organe und insbesondere die Kommission auf, für echte Transparenz zu sorgen; verurteilt, dass die Kommission nicht ernsthaft genug mit dem Europäischen Parlament zusammengearbeitet hat, was sich in wiederholten Verzögerungen bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen und in Antworten zeigt, die keinen wesentlichen Inhalt haben und weder auf die aufgeworfenen Fragen eingehen noch klare Antworten auf die gestellten Fragen geben;

Or. en

Änderungsantrag 817
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14g. hält es für inakzeptabel, dass die Kommission Journalisten sowie Bürgerinnen und Bürgern und deren Vertretern im Parlament den Zugang zu Dokumenten verweigert, die die Kommission und die Kommissionspräsidentin in ein ungünstiges Licht rücken könnten; verweist auf Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union, denen zufolge solche Dokumente, einschließlich der Schriftwechsel der Kommissionspräsidentin betreffend die Beschaffung von Impfstoffen während der COVID-19-Pandemie, offengelegt werden müssen, und fordert die Kommission auf, die Grundsätze der Transparenz und demokratischen Kontrolle einzuhalten;

Änderungsantrag 818
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14h. nimmt mit Besorgnis die zunehmende Verlagerung von einer kollegialen Exekutive hin zu einem stärker präsidialen Modell innerhalb der Kommission zur Kenntnis; stellt fest, dass politische Initiativen zunehmend vom Büro der Präsidentin kontrolliert werden, wodurch die interne Debatte und die Meinungsvielfalt eingeschränkt werden; äußert Besorgnis über das Aufkommen einer stärker vertikalen Struktur der Kommission, die die Dominanz der Präsidentin selbst festigt, sowie über Berichte über fragwürdige Governance-Praktiken unter der Kommissionpräsidentin; fordert eine rasche Rückkehr zu vollständig demokratischen und transparenten Verfahren; bedauert, dass der Grundsatz der Kommission als „Kollegium auf Augenhöhe“, in dem alle Kommissionsmitglieder gemeinsam Verantwortung tragen, offenbar nicht mehr in vollem Umfang eingehalten wird; warnt davor, dass solche Entwicklungen die Unabhängigkeit der einzelnen Kommissionsmitglieder beeinträchtigen und die politische Kontrolle durch das Zentrum stärken könnten; äußert sich besorgt über kontroverse und politisch motivierte Ernennungen in hochrangige Positionen, die Bildung eines geschlossenen Zirkels, in dem andere Ansichten als die föderalistische Mainstream-Meinung nicht vertreten sind, und das anhaltende Fehlen einer angemessenen geografischen

Ausgewogenheit in Schlüsselpositionen innerhalb der Kommissionsverwaltung;

Or. en

Änderungsantrag 819
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14i. spricht sich gegen die versteckte und schleichende Konsolidierung der dominanten Stellung der Kommission unter der Führung von Präsidentin von der Leyen aus; ist der Ansicht, dass das institutionelle Gleichgewicht zwischen Kommission, Rat und Parlament ein Grundprinzip der Rechtsordnung der Union und eine Voraussetzung für demokratische Legitimität ist; ist besonders besorgt über Versuche, die Rolle der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zu überschatten und Kompetenzen, die traditionell mit diesem Amt verbunden sind, zu übernehmen, wie sich an der umstrittenen Initiative zur Einrichtung eines Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz innerhalb der Strukturen der Kommission und am Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und Lageerfassung zeigt; fordert die Aufgabe solcher Ambitionen, die den Verträgen und dem Grundsatz des interinstitutionellen Gleichgewichts zuwiderlaufen;

Or. en

Änderungsantrag 820
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14j. bekundet seine tiefste Empörung über die Existenz eines Netzwerks, das durch das Gerichtsurteil im Fall des ehemaligen Mitglieds des Europäischen Parlaments Nathan Gill bestätigt wurde, der, wie von den polnischen Dienststellen enthüllt, gegen Bestechungsgelder vom russischen Geheimdienst verfasste Reden im Parlament hielt und sich an von diesem orchestrierten Initiativen beteiligte, wie beispielsweise der Beobachtung gefälschter Wahlen oder Referenden in von Russland besetzten Gebieten; weist darauf hin, dass den Erkenntnissen der polnischen Dienststellen zufolge, die den Behörden des Parlaments Informationen über die Vorgehensweise und die Methoden der Operation zur Verfügung gestellt wurden, Russland ein Netzwerk finanziert hat, an dem mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments beteiligt waren; betont erneut, dass strengere Integritätsvorschriften für Mitglieder des Europäischen Parlaments und hochrangige EU-Beamte erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 821
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14k. bringt seine Empörung darüber zum Ausdruck, dass die Kommission den Fall Pablo Gonzales, alias Pawel Rubzow,

bei dem es sich um einen Agenten des russischen Militärgeheimdienstes GRU handelte, der sich als Journalist ausgab, genutzt hat, um einen Mitgliedstaat anzugreifen; fordert die Kommission auf, Polen, ein Land, hinter dessen Grenze ein groß angelegter Krieg geführt wird und das Ziel hybrider Angriffe Moskaus und Minsks ist, für diesen widerwärtigen Angriff um Entschuldigung zu bitten und das Dokument, das die Kommission und ihre Verfahren zur Untersuchung der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat kompromittiert, zurückzuziehen; fordert die Kommission auf, klarzustellen und zu veröffentlichen, welche konkreten Organisationen und Beamten bei der Kommission Lobbyarbeit zur Verteidigung des russischen Spions und für den Angriff auf Polen betrieben haben;

Or. en

Änderungsantrag 822
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14l. unterstützt die Bemühungen um eine vollständige Offenlegung der internen Dokumente der Kommission im Zusammenhang mit der mutmaßlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sloweniens; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle einschlägigen Schriftwechsel und Aufzeichnungen unverzüglich und in vollem Umfang veröffentlicht werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, klarzustellen, welche Schritte infolge des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union in Bezug auf das Verhalten der damaligen

Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová unternommen wurden; fordert angemessene Korrektur- und gegebenenfalls Disziplinarmaßnahmen sowie die Einrichtung wirksamer Schutzvorkehrungen, um ähnliches Verhalten in Zukunft zu verhindern; fordert die Präsidentin der Kommission auf, unverzüglich auf die wiederholten Forderungen nach Transparenz und Folgemaßnahmen zu reagieren;

Or. en

Änderungsantrag 823
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. lehnt alle Versuche, die Gestaltung, Umsetzung und Durchsetzung politischer Maßnahmen, auch im digitalen Bereich, an Bedingungen zu knüpfen, entschieden ab und fordert die Schaffung eines Europäischen Schutzschilds für die Demokratie, mit dem die Union vor jeglichem externen politischen und wirtschaftlichen Druck, der ihre digitale Souveränität und ihre Informationshoheit untergräbt, geschützt werden kann; ist der Ansicht, dass die Fähigkeit der Union, ihre demokratischen Prozesse und ihren Informationsraum zu schützen, ein hohes Maß an strategischer Autonomie und Unabhängigkeit von digitalen Plattformen und Infrastrukturen außerhalb der EU erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 824
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ausländische Informationsmanipulation und Einmischung

Or. en

Änderungsantrag 825
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung als koordinierte und vorsätzliche Tätigkeit anzusehen ist, die von ausländischen staatlichen oder staatlich verbundenen Akteuren oder von in ihrem Namen handelnden Stellvertretern ausgeht und darauf abzielt, politische Prozesse, die öffentliche Meinung und gesellschaftliche Dynamiken in einem anderen Staat zu beeinflussen, was weit über die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen in konventionellen oder digitalen Medien hinausgeht; hebt hervor, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung verdeckte, irreführende und manipulative Praktiken umfasst, die darauf abzielen, die demokratische Debatte zu verzerren, das Vertrauen in Institutionen zu untergraben, Spaltungen zu verursachen, Gesellschaften zu polarisieren und den sozialen Zusammenhalt zu schwächen; weist darauf hin, dass ausländische

Informationsmanipulation und Einmischung mehrere Bereichen des sozialen Lebens betrifft und sich strategischer kognitiv-psychologischer Methoden bedient, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungsprozesse, die individuelle und kollektive Wahrnehmung, die Identitätsbildung, kulturelle Normen, das historische Gedächtnis, moralische Rahmenbedingungen und religiöse Glaubenssysteme zu beeinflussen, wobei technologische Infrastrukturen, Medienökosysteme und wirtschaftliche oder politische Schwachstellen ausgenutzt werden; weist daher darauf hin, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine hybride Bedrohung für die demokratische Staatsführung, die nationale Sicherheit und die Integrität des Informationsumfelds darstellt, die eine umfassende, gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Reaktion erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 826
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. erkennt an, dass „reflexive Kontrolle“, ein Konzept, das seinen Ursprung in der sowjetischen Militärtheorie hat und als die bewusste Gestaltung des Entscheidungsumfelds eines Gegners durch die Übermittlung sorgfältig abgestimmter Informationen definiert wird, darauf abzielt, die Zielperson dazu zu bewegen, Entscheidungen zu treffen, die die strategischen Ziele des beeinflussenden Akteurs voranbringen; stellt mit

Besorgnis fest, dass die Russische Föderation solche Techniken in ihre umfassenderen Operationen der hybriden Einflussnahme integriert hat, die auf demokratische Institutionen, Wahlprozesse und Politikgestaltung abzielen; betont, dass bei diesen Praktiken, die über herkömmliche Desinformation hinausgehen, kognitive Voreingenommenheit, institutionelle Schwachstellen und kulturelle Narrative ausgenutzt werden, um die Wahrnehmung zu verzerren, Fehleinschätzungen zu fördern und Ergebnisse ohne offenen Zwang zu beeinflussen, wodurch rationale Entscheidungsfindung und demokratische Regierungsführung untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 827
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14c. betont, dass die Methode der „reflexiven Kontrolle“ darin besteht, systematisch maßgeschneiderte Informationen in den Entscheidungszyklus einer Zielperson einzuführen, um deren Wahrnehmung subtil zu beeinflussen, die wahrgenommenen Optionen einzugrenzen und Entscheidungen im Laufe der Zeit auf eine Weise zu beeinflussen, die im Wege der herkömmlichen Reaktionen auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung nur schwer zu erkennen, zuzuordnen oder abzuwehren ist; stellt fest, dass solche Techniken bei Operationen der hybriden und kognitiven

Einflussnahme beobachtet wurden, die auf europäische Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung abzielten; betont, dass diese Rahmenbedingungen politische Debatten verzerren, sich selbst verstärkende Narrative innerhalb der EU-Organe und der Mitgliedstaaten festigen und letztlich zu politischen Ergebnissen beitragen können, durch die externe strategische Interessen anstatt der eigenen Sicherheitsziele der Union unwillentlich gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 828
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14d. betont, dass bei der Entwicklung und nachhaltigen Bereitstellung eines umfassenden EU-Instrumentariums zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung, mit dem Verstöße systematisch ermittelt, Reaktionen dokumentiert und deren Wirksamkeit bewertet werden können, ausdrücklich die Erkennung reflexiver Kontrolle und entsprechende Gegenmaßnahmen in die operative Architektur integriert werden müssen, um die Integrität der Entscheidungsfindung in der EU zu wahren und die Resilienz der Politik gegenüber ausgeklügelten Operationen der kognitiven Einflussnahme zu stärken; fordert die Kommission auf, in enger Abstimmung mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und den Mitgliedstaaten die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, um der Einbindung von Analyserahmen für reflexive Kontrolle, speziellen

Schulungsmodulen und operativen Protokollen in die institutionellen Kapazitäten zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung Vorrang einzuräumen und den strukturierten Informationsaustausch sowie den Austausch bewährter Verfahren mit den einschlägigen internationalen Partnern zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 829
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14e. erkennt an, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung zunehmend auf die kognitiven und emotionalen Grundlagen von Gesellschaften abzielt, indem Einfluss auf die Art und Weise genommen wird, wie Individuen die Realität interpretieren, Ereignissen Bedeutung zuweisen und Werte, Identitäten und Loyalitäten konstruieren, wodurch wiederum das Verhalten und die Entscheidungsfindung indirekt und oftmals unmerklich beeinflusst werden; stellt fest, dass eine solche Manipulation nicht nur durch offene Propaganda erfolgen kann, sondern auch über bildungsbezogene, kulturelle und religiöse Einrichtungen, Gemeinschaftsnetzwerke, symbolische Narrative und vertrauenswürdige Autoritätspersonen; betont, dass die Beschränkung der Analyse ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auf den Informations- oder Medienbereich die Gefahr birgt, dass Strategien der langfristigen Einflussnahme übersehen werden, die

darauf ausgerichtet sind, von außen gesteuerte Narrative zu normalisieren, sich selbst verstärkende Glaubenssysteme zu festigen und die gesellschaftliche Resilienz schrittweise zu schwächen, unter anderem durch die Instrumentalisierung von Religion, Tradition und wahrgenommener moralischer Autorität; betont daher, dass ein wirklich ganzheitlicher Ansatz der EU für die Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung erforderlich ist, bei dem kognitive, kulturelle, soziale und glaubensbezogene Dimensionen in die Erkennungs-, Risikobewertungs- und Reaktionsmechanismen integriert werden und für Kohärenz zwischen Politikgestaltung, strategischer Kommunikation, Bildung, Diplomatie und Engagement der Gemeinschaft gesorgt wird, um demokratische Werte, Pluralismus und eine fundierte Entscheidungsfindung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 830
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14f. stellt fest, dass Russland 2015 seine nationale Sicherheitsstrategie dahingehend geändert hat, dass die Bewahrung und Entwicklung der „traditionellen spirituellen und moralischen Werte Russlands“ ausdrücklich als nationales Interesse und strategische Priorität aufgenommen

wurden, und dass dieser Schwerpunkt in der nationalen Sicherheitsstrategie von 2021 weiter verstärkt wurde, indem der Schutz spiritueller und moralischer Werte neben politischen, militärischen, wirtschaftlichen und informationellen Erwägungen in die staatliche Sicherheit eingebettet wurde; betont, dass dies durch nachfolgende politische Instrumente, einschließlich des Präsidialdekrets von 2022 zur Bewahrung und Stärkung der traditionellen spirituellen und moralischen Werte Russlands, noch verstärkt wurde[9a]; unterstreicht, dass diese Entwicklungen die Verknüpfung von Religion und Moral mit der offiziellen Politik widerspiegeln und eine doktrinäre Grundlage für die Nutzung kirchlicher und kultureller Netzwerke zur Unterstützung der geopolitischen Ziele Russlands bieten; stellt fest, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche aufgrund dieser Veränderungen zunehmend als böswilliger Akteur instrumentalisiert wird, der dazu dient, den Einfluss des Kremls zu vergrößern, demokratische Prozesse zu untergraben und die Soft Power Russlands im Ausland zu projizieren; betont, dass die Bekämpfung einer solchen koordinierten Einflussnahme eine vergleichbare Reaktion der EU erfordert; begrüßt, dass in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2026 zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2025 erstmals der wertvolle Beitrag religiöser Akteure, von Glaubensgemeinschaften und des interreligiösen Dialogs anerkannt wird, und fordert eine systematische Berücksichtigung dieser Faktoren bei den Missionen und Operationen der EU[8a]; betont jedoch, dass dies nur ein erster Schritt ist, um dem Kreml-Apparat in seinem vollem Umfang entgegenzuwirken; betont, dass die EU spezifische Taskforces einrichten, spezielle Schulungen für Diplomaten und

Außendienstmitarbeiter organisieren sowie operative Rahmenbedingungen schaffen muss, um die strategische Instrumentalisierung von Religion und kulturellen Netzwerken bei russischen Operationen der hybridem Einflussnahme zu antizipieren, aufzudecken und einzudämmen;

8a

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0013_DE.html

9a ***https://senegal.mid.ru/en/press-centre/news/on_approving_the_fundamentals_of_state_policy_to_preserve_and_strengthen_traditional_russian_spiritu/***

Or. en

Änderungsantrag 831
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14g. betont mit großer Besorgnis, dass der russische Auslandsgeheimdienst im Januar 2026 eine öffentliche Erklärung abgegeben hat, in der er Seine Allheiligkeit, den Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus attackierte, indem er ihn als „Antichrist in einer Soutane“ bezeichnete und ihn beschuldigte, mit dem Westen zusammenzuarbeiten, um das orthodoxe Christentum zu untergraben und lokale Kirchen in der Ukraine, den baltischen Staaten und Osteuropa vom Einfluss Moskaus zu befreien[10a]; stellt fest, dass diese verbale Attacke zeigt, wie religiöse Narrative mobilisiert werden, um alternative Zentren orthodoxer Autorität zu delegitimieren und die orthodoxe kirchliche Autokephalie als eine vom

Westen ausgehende Bedrohung darzustellen; hebt hervor, dass die explizit theologische Formulierung dieser Denunziation die Instrumentalisierung des religiösen Diskurses verdeutlicht, um alternative Zentren orthodoxer Autorität zu diskreditieren und die kirchliche Unabhängigkeit als eine vom Westen ausgehende geopolitische Bedrohung darzustellen; bringt ferner seine tiefe Besorgnis über Berichte aus dem Jahr 2025 zum Ausdruck, wonach der ehemalige hochrangige Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche Metropolit Hilarion weiterhin mit dem russischen Militärgeheimdienst zusammengearbeitet und die Nutzung von Kirchenräumen für geheime Treffen russischer Agenten ermöglicht haben soll[11a]; betont, dass diese Entwicklungen keine Einzelfälle darstellen, sondern ein Muster strukturierter Zusammenarbeit zwischen dem russischen Geheimdienst und der Russisch-Orthodoxen Kirche widerspiegeln, mit dem Ziel, unter dem Deckmantel religiösen Engagements umfassendere geopolitische und informationelle Operationen sowie Einflussnahmeoperationen voranzutreiben;

[10a]

https://greekherald.com.au/news/russian-secret-service-accuses-ecumenical-patriarch-of-undermining-orthodoxy/

[11a] https://theins.ru/en/news/286488

Or. en

Änderungsantrag 832
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14h. betont mit Besorgnis die destabilisierenden und spaltenden Auswirkungen der Doktrin „Russkiy Mir“ („Russische Welt“), mit der ein zivilisatorisches Narrativ propagiert wird, das die russische Sprache, Kultur und Orthodoxie unter der geistlichen und politischen Führung Moskaus vereint; stellt fest, dass dieses Konzept über rein religiöses oder kulturelles Engagement hinausgeht und als ideologischer Rahmen fungiert, der die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten legitimiert, insbesondere dort, wo orthodoxe oder russischsprachige Gemeinschaften vertreten sind; hebt insbesondere hervor, dass in Serbien und Montenegro die „Russkiy Mir“-Narrative herangezogen werden, um Widerstand gegen die Aufnahme in die NATO zu leisten und westliche Institutionen als Orthodoxie-feindlich darzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 833
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14i. betont mit großer Besorgnis, dass der russische Geheimdienst Anfang 2026 eine Operation in Montenegro eingeleitet hat, bei der die unbegründete Behauptung verbreitet wurde, Patriarch Bartholomäus plane, der montenegrinischen orthodoxen Kirche die Autokephalie zu gewähren[12a], mit dem Ziel, Zwietracht zu säen und die Souveränität Montenegros zu untergraben; stellt fest, dass bei der Operation lokale Spaltungen zwischen

Anhängern der serbisch-orthodoxen Kirche und Befürwortern der kirchlichen Unabhängigkeit Montenegros ausgenutzt wurden und nationalistische und religiöse Rhetorik zum Einsatz kam, um pro-europäische Positionen zu delegitimieren; erkennt an, dass dies ein breiteres Muster der hybriden Einflussnahme Russlands widerspiegelt, bei dem Geheimdienste und verbündete kirchliche Netzwerke religiöse und identitätsbezogene Narrative nutzen, um die demokratische Resilienz zu schwächen und Montenegros euro-atlantische Ausrichtung infrage zu stellen;

[12a] https://eualive.net/russian-intelligence-launches-special-church-operation-targeting-montenegro/

Or. en

Änderungsantrag 834
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14j. betont mit großer Besorgnis, dass die Invasion Russlands in die Ukraine in einem Dokument des unter der Schirmherrschaft der Russisch-Orthodoxen Kirche stehenden Weltkonzils des Russischen Volkes vom März 2024 offiziell als „heiliger Krieg“ bezeichnet wird; stellt fest, dass diese Rhetorik eine bewusste Verschmelzung kirchlicher Autorität mit militärischen Zielen des Staates darstellt, die dazu dient, Gewalt zu sakralisieren, territoriale Eroberungen zu legitimieren und religiöse Identität zur Unterstützung der Politik des Kremls zu mobilisieren; erkennt an, dass solche Botschaften, die von einer prominenten

religiösen Institution mit internationaler Reichweite ausgehen, zur ideologischen Rechtfertigung von Konflikten beitragen, pro-russische Narrative im Ausland verstärken und die Spaltungen innerhalb der globalen orthodoxen Gemeinschaft verschärfen, was einmal mehr verdeutlicht, wie Religion als Instrument der russischen Soft Power und Einflussnahme eingesetzt wird;

Or. en